

Eingereicht von

Eva Liebmann

Angefertigt am

**Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik**

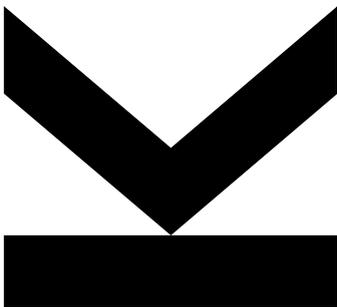
Beurteiler

Mag. Hansjörg Seckauer

Februar 2018

Atomkraft? Nein Danke!

Die Anfänge der Ökologiebewegung in Österreich



Bachelorarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Science

im Bachelorstudium

Sozialwirtschaft

JOHANNES KEPLER

UNIVERSITÄT LINZ

Altenberger Straße 69

4040 Linz, Österreich

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt bzw. die wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Linz, Februar 2018

Eva Liebmann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis.....	6
1. Einleitung	7
2. Vorboten der Umweltbewegung	8
2.1. Strukturelle Vorbedingungen.....	8
2.1.1. Naturfreunde	8
2.1.2. Naturschutzbund	9
2.1.3. Weltbund zum Schutz des Lebens	9
2.1.4. Pugwash-Bewegung	9
2.2. Auslösende Faktoren	10
2.2.1. Expansion des Wissens	11
2.2.2. Umweltkatastrophen und -skandale	12
2.2.3. Umweltpolitische Initiativen der Regierung.....	12
2.2.4. Umweltkonflikte	13
2.2.4.1. „Komitee zum Schutze des Neusiedler Sees“	13
2.2.4.2. „Schutzverband Pyhrnautobahn“ Graz.....	14
2.2.4.3. Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“	14
2.2.4.4. Österreichische Umweltbewegung.....	14
3. Vorläufer der österreichischen Anti-AKW-Bewegung.....	15
3.1. Energiekonzept der Regierung.....	16
3.2. Frühe WarnerInnen	17
3.2.1. Paul Blau	18
3.2.2. Rudolf Drobil	18
3.2.3. Robert Jungk.....	19
3.2.4. Bernd Lötsch.....	19
3.2.5. Freda Meissner-Blau	20
3.2.6. Günther Schwab	20
3.2.7. Walther Soyka.....	21
3.2.8. Alfred Tisserand	21
3.2.9. Peter Weish	22
3.3. Kampf gegen „Rüthi“ in Vorarlberg.....	22
4. Anfänge der Anti-AKW-Bewegung in Oberösterreich	23
4.1. St. Pantaleon/Stein als Standort für zweites AKW.....	24
4.2. Die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren Linz entsteht.....	24
4.3. Offensive pro Atom der BefürworterInnen	25
4.4. Volksbefragung St. Pantaleon.....	26

4.5. Die Wende	26
4.5.1. Protest-Wanderung zum Bauplatz in St. Pantaleon.....	28
4.5.2. Zusammenarbeit der oberösterreichischen Gruppen.....	28
4.6. Entstehung von Arbeitskreisen österreichweit.....	29
4.6.1. „Arbeitskreis Ökologie“ Salzburg	29
4.6.2. „Arbeitskreis Atomenergie“ (AKAE) Wien	30
5. Eine österreichweite Bewegung entsteht.....	31
5.1. Regierungserklärung vom 5. November 1975	32
5.1.1. Erste Reaktion auf die Regierungskampagne	33
5.1.2. IÖAG	33
5.1.3. Informationsveranstaltungen werden zu Protestkundgebungen	34
5.2. Atommülllagerung	35
5.3. Verlagerung des Protests von der Straße vors Parlament.....	36
5.4. Die Volksabstimmung wird beschlossen	36
5.5. Ideologische Brüche.....	36
5.6. Sozialisten gegen Atomenergie.....	38
5.7. Mittel des Protests	38
6. Schlussfolgerungen.....	40
6.1. Erfolg der Anti-AKW-Bewegung	40
6.2. Die Rolle Bruno Kreiskys	41
6.3. Eine Grünbewegung entsteht.....	42
7. Literaturliste.....	43

Abkürzungsverzeichnis

AKAE	Arbeitskreis Atomenergie Wien
AKW	Atomkraftwerk
ALÖ	Alternative Liste Österreichs
APA	Austria Press Agentur
ARGE Nein	Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf
BI	Bürgerinitiative
BIAG	Bürgerinitiative gegen Atomgefahren
BMGU	Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt
EFG	Elektrizitätsförderungsgesetz
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GKS	Gemeinschaftskraftwerk Stein GesmbH
GÖK	Gesamtösterreichischer Koordinationsausschuss des IÖAG
GRM	Gruppe Revolutionäre Marxisten
IGgA	Initiative Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke
IÖAG	Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner
KBÖ	Kommunistischer Bund Österreichs
KKWP	Kernkraftwerksplanungsgesellschaft
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
MLS	Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation
NB	Naturschutzbund
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OÖN	Oberösterreichische Nachrichten
ÖVNP	Österreichischer Verein Naturpark(s)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
TN	TeilnehmerInnen
USB	Umweltschutzbewegung
VGÖ	Vereinte Grünen Österreichs
VN	Vorarlberger Nachrichten
WOGA	Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke
WSL	Weltbund zum Schutz des Lebens

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zeittafel der Ereignisse bis 1973. Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von: Brandstätter et al. 1984: 173f.	16
Tabelle 2: Zeittafel der Ereignisse von Herbst 1973 bis Ende 1975. Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von Brandstätter et al. 1984: 174f, Fehlinger 1979: 52, 93; Kitzmüller 1981: 233.....	23
Tabelle 3: Zeittafel der Ereignisse von 1976 bis 1978. Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von Brandstätter et al. 1984: 174-176; Fehlinger 1979: 107f; BMWF 1976; Papousek 2008: 183; BGBl 676/1978.	31

1. Einleitung

In dieser Bachelorarbeit sollen die Anfänge der österreichischen Ökologiebewegung untersucht werden. Freilich lässt sich über den genauen Beginn der Umweltbewegung streiten. So meint der deutsche Historiker Joachim Radkau (2011: 32): „Schon darüber, wo der historische Anfang von Umweltbewegung und Umweltschutz liegen, gehen die Vorstellungen in der Literatur weit auseinander und bewegen sich zwischen 1770 und 1970“. Ich datiere für die vorliegende Arbeit den Beginn der modernen österreichischen Umweltbewegung mit 30. Jänner 1974, als sich nach einem Vortrag des Atomkritikers DDR. Bechert die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren (BIAG) Linz zusammenschloss. Ihren vorläufigen Höhepunkt sehe ich im Herbst 1978. Am 5. November 1978 fand Österreichs erste Volksabstimmung der zweiten Republik statt. Fünf Millionen ÖsterreicherInnen waren aufgerufen, sich der Frage, ob das Kernkraftwerk in Zwentendorf in Betrieb gehen soll, zu stellen. 50,47 Prozent der teilnehmenden Bevölkerung sprach sich gegen die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie aus. Und das, obwohl sich laut Meinungsumfragen im Sommer 1978 ca. zwei Drittel der Bevölkerung für das AKW entschieden hätten (Graupe 1978: 2f). Nicht einmal dreißigtausend Stimmen Überhang reichten aus, um ein sieben Milliarden Schilling teures Projekt zum Stillstand zu bringen (derStandard 2007: online). Dieser Verdienst ist wohl den AktivistInnen der österreichischen Anti-AKW-Bewegung zuzuschreiben. Bei der Frage, ob die Anti-AKW-Bewegung tatsächlich der Ökologiebewegung zugeordnet werden kann, bediene ich mich erneut Radkaus Worten:

„Frühere Autoren unterscheiden manchmal zwischen der Umwelt- und der Anti-AKW-Bewegung, weil es der Letzteren nicht eigentlich um die Umwelt, sondern um Gesundheit und technische Sicherheit gegangen sei. Diese Unterscheidung ist jedoch ganz und gar wirklichkeitsfern; denn gerade durch den Widerstand gegen Kernkraftprojekte formierte sich die Umweltbewegung [...] als Massenprotest“ (Radkau 2011: 24).

In dieser Arbeit werden nicht nur die ersten Jahre der österreichischen Anti-AKW-Bewegung, von 1974 bis 1978 analysiert, sondern auch die Zeit davor wird genauer betrachtet. Wie gestalteten sich die historischen Strukturen der Nachkriegszeit und welche auslösende Momente trugen dazu bei, damit ein anfangs kleines Grüppchen von Natur- und UmweltschützerInnen halb Österreich von der Gefahr, die von Atomkraftwerken ausgeht, überzeugen konnte? Aus welchem Anlass schlossen sich BürgerInnen zusammen, um gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zu protestieren? Wer waren die SkeptikerInnen und worauf fußte ihr Wissen? Aus welcher Überzeugung heraus konnten sie die Bevölkerung dazu begeistern, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich gegen die österreichische Regierung aufzulehnen? Wie schafften es die WiderstandskämpferInnen auch andere Menschen von ihren gewonnen Erkenntnissen zu

überzeugen und wie konnten sie diese für den Kampf gegen die Zerstörung der Natur und Umwelt gewinnen? All diese Fragen sollen in dieser Arbeit aufgegriffen werden. Zuallererst ist es aber von Nöten auf die historischen Gegebenheiten einzugehen.

2. Vorboten der Umweltbewegung

Dieter Rucht (1994: 236) unterscheidet bei der Entstehung der Umweltbewegung zwischen auslösenden Momenten und strukturellen Vorbedingungen. Erst dieses Zusammenspiel kann laut Rucht erklären, warum in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten ähnliche Bewegungen entstanden sind, auch in Österreich. In diesem Kapitel sollen nun diese strukturellen Vorbedingungen und die auslösenden Momente der Umweltbewegung betrachtet werden. Die österreichische Umweltbewegung kann nicht isoliert gesehen werden, sie wurde von internationalen Geschehnissen stark beeinflusst.

2.1. Strukturelle Vorbedingungen

In den Nachkriegsjahren stand europaweit der Wiederaufbau im Vordergrund. Das Wirtschaftswachstum stand ganz oben auf der politischen Agenda, zahlreiche Wirtschaftswunder brachten einen Wohlstandsgewinn für die Bevölkerung (Lauber/Pesendorfer 2006: 663). Ein Individualisierungsschub setzte in den westlichen Industriestaaten ein, Menschen wurden aus Versorgungsbezügen und traditionellen Bindungen herausgelöst. Dies führte dazu, dass traditionelle Werte und die soziale Klassenzugehörigkeit als nicht mehr so wichtig galten. Die individuellen Lebensbedingungen glichen sich an. Es entstanden neue „Widersprüche und Konfliktlinien, die durch die Folgeprobleme industriellen Wachstums wie steigende ökologische und gesundheitliche Belastungen noch verstärkt wurden“ (Gottweis 1997:343). So auch in Österreich. Vereinigungen, die sich um den Schutz der Umwelt kümmerten, gab es jedenfalls schon zuvor.

2.1.1. Naturfreunde

Im September 1895 wurde der „Touristenverein ‚Die Naturfreunde‘“ (Pils 1994: 23) ins Leben gerufen. Der Gründer, Karl Schmiedl, bezeichnete „Die Naturfreunde“ als eine „touristische Gruppe mit lebensreformerisch-pädagogischen Absichten“ (ebd.: 24). Karl Renner, erster Bundespräsident der zweiten Republik, engagierte sich damals für „Die Naturfreunde“ und war „unzweifelhaft einer der politischen Köpfe der neuen Bewegung“ (ebd.: 23). Während die Naturfreunde noch als „Touristenverein“ gegründet wurden, so ist in den 1960er Jahren ein markanter Wandel des Vereins zu erkennen: der Naturschutz rückte immer mehr in den Vordergrund. Die 20. Hauptversammlung 1966 in Linz findet unter dem Motto „Natur in

Gefahr – Mensch in Gefahr“ statt. „Aus dem ursprünglichen Anliegen, die Natur zu lieben und zu schützen, war ein tieferer Anspruch geworden, den die Naturfreunde ‚sozialen Umweltschutz‘ nannten“ (ebd.: 199).

2.1.2. Naturschutzbund

1912 wurde der „Österreichische Verein Naturschutzpark“ (ÖVNP) in Wien gegründet. Der Verein begann ab 1913 Flächen in den Alpen aufzukaufen, mit dem Ziel besonders schützenswerte Regionen von Österreich in Naturschutzparks umzuwandeln. (Naturschutzbund 2013: 44). 1924 wird der österreichische Verein Naturschutzpark auf Mitgliederwunsch in „Naturschutzbund“ umbenannt (ebd.). Bereits um 1970 richtete der Niederösterreichische Naturschutzbund eine Arbeitsgruppe Kernenergie ein. „Dies war deshalb wichtig, weil manche prominente Naturschützer [...] in der Kernenergie eine hoffnungsvolle Alternative“ (Weish 2008: 25) zur landschaftszerstörerischen Energiegewinnung aus Wasserkraft sahen. 1973 waren alle Mitglieder überzeugte AKW-KritikerInnen und setzten sich für ein atomfreies Österreich ein (ebd.).

2.1.3. Weltbund zum Schutz des Lebens

Der „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL) wurde 1958 in Salzburg vom Förster und Schriftsteller Günther Schwab unter dem Namen „Weltbund zur Rettung des Lebens – Menschenschutzverein“ gegründet und 1962 aus „psychologischen“ Gründen umbenannt. Schwab, ursprünglich Mitglied des österreichischen Naturschutzbundes, teilte vor allem die Affinität zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht und schuf mit dem Weltbund eine unpolitische, internationale und überkonfessionelle Vereinigung, welche die „Anliegen des Natur- und Umweltschutzes sowie der Ernährungs- und Lebensreform umfassend“ (Straubinger 2009a: 72f) vertreten sollte. Konrad Lorenz war ein prominenter Förderer des Vereins. Auch Josef Klaus – damaliger ÖVP Landeshauptmann in Salzburg und späterer Bundeskanzler – schien auf der Mitgliedsliste der rechtsgerichteten Vereinigung auf. Bereits ab 1971 engagierte sich der WSL in Vorarlberg gegen Kernenergie und rief gemeinsam mit den „Vorarlberger Nachrichten“ zu Protestmärschen und Massenkundgebungen gegen das in Planung stehende Schweizer AKW Rüthi auf (Kribernegg 2014: 161f).

2.1.4. Pugwash-Bewegung

Im Juli 1957 trafen für vier Tage zweiundzwanzig WissenschaftlerInnen im kanadischen Fischerdorf Pugwash zusammen, um „die Gefahren der Verwendung von Kernenergie in Krieg und Frieden, die Überwachung der Kernwaffen und die soziale Verantwortlichkeit der Wissenschaftler“ (Springer-Lederer 1976: 96) zu diskutieren. Zwei Jahre zuvor fasste Lord

Bertrand Russell den Entschluss, „eine Zusammenarbeit von hervorragenden Wissenschaftlern verschiedener Nationen zu organisieren“ (ebd.: 95), diese sollte vor dem Hintergrund eines möglichen Atomkrieges Kräfte mobilisieren und Wege finden, um diese drohenden Gefahren „abzuwenden oder wenigstens zu verringern“ (ebd.). Russell präsentierte bei einer Pressekonferenz im Juli 1955 in London das „Russel-Einstein-Manifest“. Das Manifest wurde an alle WissenschaftlerInnen weltweit gerichtet und rief dazu auf, „die fürchterlichen Gefahren eines Atomkrieges genau zu erfassen und sie der Öffentlichkeit und den Regierungen der Welt bekanntzumachen“ (ebd. 96). Der Ortsname der ersten Konferenz gab in Folge der Bewegung ihren Namen. „trotz der damals herrschenden politischen und weltanschaulichen Spannungen und des jahrelang genährten tiefen Mißtrauens“ (ebd.) kamen die TeilnehmerInnen „aus Ost und West fast einheitlich zu gemeinsamen Auffassungen über aktuelle und kontroverse Themen“ (ebd.). Die Österreichische Vereinigung der Pugwash-Bewegung wurde 1960 vom Physiker Hans Thirring unter dem Namen „Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler“ gegründet und umfasste 1976 bereits 250 Mitglieder (Springer-Lederer 1976: 98).

2.2. Auslösende Faktoren

Die Problemwahrnehmung in den 1970ern ist, im Gegensatz zu heute, eine andere gewesen. Erst das Bewusstsein der atomaren Bedrohung und die Erkenntnis, der Mensch könnte sich durch die Atombombe selbst zerstören, führten zur Erschütterung des Fortschritt Denkens. Was für uns heute ganz klar ist, war in den Jahren des Wiederaufbaus noch nicht ersichtlich. Die Menschen erlangten dieses Bewusstsein erst nach und nach. Politisierungsprozesse waren entscheidend, um die kritische Situation der Umwelt wahrnehmen zu können (Hunemörder 2004: 11). Damit es zu einer weitläufigen Umweltbewegung kommen konnte, waren laut dem deutschen Soziologen Dieter Rucht (1994: 237-239) vier auslösende Faktoren von besonderer Bedeutung¹:

- (1) „Die „Expansion des Wissens“
- (2) „Umweltkatastrophen und -skandale“
- (3) „Umweltpolitische Initiativen von Regierungen“
- (4) „Umweltkonflikte“

¹ Dieter Rucht untersuchte zwar Deutschland, Frankreich und die USA, aber die Grundbedingungen zur Entstehung der Umweltbewegung in den 1970er Jahren treffen m.Mn. genauso auf Österreich zu.

Diese vier Auslöser sollen nun mit Blick auf Österreich genauer betrachtet werden. Auch hier gilt, Österreich kann nicht isoliert betrachtet werden und ein Blick über die Grenzen hinaus ist unabdingbar.

2.2.1. Expansion des Wissens

Günther Schwab trug mit den beiden Büchern „Der Tanz mit dem Teufel. Ein abenteuerliches Interview“, das 1958 erschien, und „Morgen holt dich der Teufel. Neues, Verschwiegendes und Verbotenes von der ‚friedlichen‘ Atomkernspaltung“ (1964) zur Verbreitung des Wissens um die Zerstörung der Natur erheblich bei (Straubinger 2009a: 65-74). „Der Tanz mit dem Teufel“ warnt bereits früh vor dem Insektengift DDT und war für damalige Zeiten „vorzüglich recherchiert und gibt bereits ein Panorama vieler Themen der späteren Umweltbewegung“ (Radkau 2007: 9) wieder. Im Gegensatz zu Schwabs dämonologischen Horrorgeschichten steht Rachel Carsons wissenschaftlicher Roman „Der stumme Frühling“. Während der steirische Förster von grinsenden Teufeln, „die den Verderb der Menschheit aushecken“ (Radkau 2011: 123) erzählt, ist der Grundton des Schreckens bei der amerikanischen Biologin von „Liebe und Schönheitsdurst“ (ebd.) geprägt. „Silent Spring“, wie der Roman im Originaltitel heißt, erschien 1962 in den USA. Radkau konstatiert: „Aus der Rückschau erscheint Carsons Buch geradezu als Ouvertüre der amerikanischen Umweltbewegung“ (Radkau 2007: 7). Auch andere AutorInnen (Straubinger 2009a: 104) erkennen dem Roman eine entscheidende Rolle für den Beginn der Umweltbewegung zu. Das Buch wird dafür gelobt, die Öffentlichkeit für Umweltprobleme sensibilisiert zu haben und so der Zündfunke für eine zukunftsweisende Umweltbewegung gewesen zu sein (Blawat 2012: online). Obwohl die deutsche Ausgabe des Buches bereits 1963 erschien, wurde es erst in den 1970er Jahren im deutschsprachigen Raum von breiteren Schichten wahrgenommen. „Zur Bibel einer Bewegung wurde das Buch erst im Zuge der ‚ökologischen Revolution‘ um 1970“ (Radkau 2011: 123).

1972 erschien der Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“. Dieser wahrüttelnden Studie über die Zukunft der Menschen „verdankt die Umweltdiskussion ohne Zweifel die entscheidenden Impulse, weil hier erstmals, wie in einem Brennglas gebündelt, das ganze Ausmaß globaler, ja gattungswweiter Gefährdung der Menschheit sichtbar wurde“ (Guggenberger 1980: 138). Durch den bereits beginnenden Umweltschutzboom wurde die Studie, die von Donella und Dennis Meadows geleitet wurde, zum Weltbestseller und löste vor allem in der westlichen Welt kontroverse Diskussionen aus (Radkau 2011: 149). Etwa zur gleichen Zeit erschien „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ von Konrad Lorenz. Die ersten beiden Sünden thematisierten die „Überbevölkerung“ und die

„Verwüstung des natürlichen Lebensraums“ (ebd.: 132). Im Juli 1972 präsentierte Lorenz gemeinsam mit Hubert Weinzierl das „Ökologische Manifest“ (ebd.: 133).

2.2.2. Umweltkatastrophen und -skandale

Noch in den 1960er Jahren kamen die Begriffe „Umweltschutz“ und „Umweltbelastung“ im deutschen Sprachgebrauch so gut wie gar nicht vor (Kohler 1976: 41). Umweltkatastrophen wie zum Beispiel 1965 das „große Fischsterben im Plattensee“ (ebd.), welches durch Insektengift verursacht wurde, trugen jedoch zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bei (ebd.: 41f). „Etwa gleichzeitig mit der Reihe lokaler Umweltkatastrophen [...] setzte die Erkenntnis ein, dass die meisten Rohstoffe“ (ebd.: 47) schon in zwanzig bis zweihundert Jahren nur mehr erschwert abgebaut werden können. Die Verunreinigung der Gewässer griff in den 1960er vielfach auf das Grundwasser über, sodass Engpässe bei der Trinkwasserversorgung befürchtet wurden. Die Verschmutzung der Atemluft führte zu Smogkatastrophen, wie zum Beispiel in Los Angeles (ebd.). In Nordamerika hinterließ 1969 die Ölkatastrophe vom Santa Barbara Kanal vor der Küste Kaliforniens einen nachhaltigen Eindruck auf die Bevölkerung (Rucht 1994: 238). In Österreich gelangten 1973 mehrere Chlorakne-Fälle durch die Chemie-Linz an die Öffentlichkeit. Damals erfolgte die Trichlorphenol-Produktion noch nach einem veralteten Hochtemperaturverfahren (Koch/Vahrenholt 1978: 58). Auch „die bisher unterschätzte bzw. geleugnete Gefährdung, die von Atomtests in verschiedenen Teilen der Erde ausging, [wurde] in größerem Umfang bekannt“ (Rucht 1994: 238).

2.2.3. Umweltpolitische Initiativen der Regierung

Bereits vor 1970 veranlasste die österreichische Politik einige Maßnahmen, die als „Vorläufer einer ‚modernen‘ Umweltpolitik“ (Lauber/Pesendorfer 2006: 664) gesehen werden können. Darunter fallen zum Beispiel Gesetze zur Reinhaltung von Luft und Wasser oder auch zur Gesundheit am Arbeitsplatz. In Kreiskys Regierungserklärung von 1970 wurde der Umweltschutzgedanke erstmals als Staatsziel definiert. 1972 wurde das „Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt“ (BMGU) eingerichtet. Die Gründung von Umweltministerien in anderen europäischen Ländern wirkte als Vorbild. Allerdings fristete das Ministerium in Österreich ein Schattendasein: die geringen Kompetenzen und die unzureichende Vollzugsmacht enttäuschten viele BürgerInnen, deren Erwartungen hinsichtlich weitreichender Umweltschutzmaßnahmen nicht erfüllt wurden (Lauber/Pesendorfer 2006: 665).

1968 beschloss der Europarat das Verursacherprinzip: Von nun an mussten VerursacherInnen für die Kosten zur Reinhaltung von Luft und Wasser aufkommen und nicht

mehr die SteuerzahlerInnen. Außerdem wurde das Jahr 1970 zum „Europäischen Naturschutzjahr“ ausgerufen. In Österreich fanden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Natur- und Umweltschutz statt. Das Unterrichtsministerium rief zum Beispiel zur „Woche des Waldes“ auf. „Die Post brachte eine österreichische Naturschutz-Sondermarke mit dem Motiv der Krimmler Wasserfälle heraus“ (Straubinger 2009a: 123) und die Bundeswirtschaftskammer richtete ein Umweltreferat ein (ebd.: 121-123).

2.2.4. Umweltkonflikte

Lauber und Pesendorfer (2006: 666) stellen fest, dass in der österreichischen Bevölkerung zu Beginn der 1970er Jahre das Bewusstsein für Umweltprobleme kaum vorhanden war. Erst „die symbolische Politik und das Zuwenig- oder Nichthandeln der zuständigen Instanzen“ (ebd.) führte zum vermehrten Entstehen von Bürgerinitiativen ab Mitte der 1970er (ebd.). Diese Initiativen entstanden regional begrenzt und setzten sich gegen die Verbauung von Naturlandschaften oder den Bau von Brücken und Straßen zur Wehr (Kern 2008: 14f). Laut Guggenberger sind Bürgerinitiativen

„spontane, zeitlich in der Regel begrenzte, organisatorisch lockere Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich außerhalb der traditionellen Institutionen und Beteiligungsformen der repräsentativen Parteiendemokratie zumeist aus konkretem Anlaß als unmittelbar Betroffene zu Wort melden und sich, sei es im Wege der Selbsthilfe, sei es im Wege der öffentlichen Meinungswerbung und der Ausübung politischen Drucks, um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen“ (Guggenberger 1980: 18f).

Bürgerinitiativbewegungen hingegen umfassen nicht nur das politische Interesse, sondern sind gekennzeichnet durch „Gemeinsamkeiten des Lebensstils, der Grundeinstellung zur Umwelt, zur Natur, zum Mitmenschen, zur Technik, zur Arbeit, zur Politik u.a.m.“ (ebd.: 18). Bürgerinitiativen, die sich für den lokalen Umweltschutz einsetzten, lösen also noch keine Bewegung aus. Treffen allerdings Menschen aufeinander, die weit mehr Gemeinsamkeiten aufweisen, kann dies zu einer überregionalen Bewegung führen. Auch wenn sich die Bürgerinitiativen, die nun vorgestellt werden, nicht weiterentwickelten und zu einer Bewegung anwuchsen, trugen sie zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bei und waren Funken für die Entstehung der späteren Umweltbewegung.

2.2.4.1. „Komitee zum Schutze des Neusiedler Sees“

Als 1971 die Pläne für die Brücke über den Neusiedlersee von Illmitz nach Mörbisch abgesegnet wurden, gründeten besorgte NaturschützerInnen das „Komitee zum Schutze des Neusiedler Sees“. Den Vorsitz übernahm Klara Köttner-Benigni. Unterstützung erhielt sie unter anderem vom Naturschutzbund (Naturschutzbund 2013: 46), Prof. Dr. Gustav Wendelberger, späteren Leiter des Instituts für Naturschutz und Landschaftspflege des

Österreichischen Naturschutzbundes in Wien, und dem Maler Egon Haug (Köttner-Benigni 2007: 218). Auch der Wiener Biologe Bernd Lötsch setzte sich gegen die Neusiedlerseebrücke ein (Halbrainer et al. 2008: 320). Bis 1972 wurden fast zweihunderttausend Unterschriften gegen das Großprojekt gesammelt (Köttner-Benigni 2007: 219). Anfang März 1972 wurde der Baubeginn vorläufig ausgesetzt (ebd.: 230). Laut Békési (zit. n. Köttner-Benigni 2007: 225f) war dies die erste Bürgerinitiative Österreichs in Sachen Naturschutz. Martin Burger (2004: 11) bezeichnet im Kurier vom 14. September 2004 den Protest gegen die Brücke über den Neusiedlersee als die Geburtsstunde der Umweltbewegung.

2.2.4.2. „Schutzverband Pyhrnautobahn“ Graz

Der im Juni 1970 gegründete „Schutzverband Pyhrnautobahn“ sammelte bis Jänner 1973 siebenundreißigtausend Unterschriften gegen die geplante Trassenführung der Pyhrnautobahn. Diese sollte direkt durch den Grazer Stadtteil Eggenberg führen. Die Ignoranz der Grazer SPÖ gegenüber Umweltbelangen kostete sie bei der Gemeinderatswahl im Februar 1973 die absolute Mehrheit. Im März desselben Jahres wurde die Genehmigung für die Trasse offiziell annulliert (Pichler 2016: online). 1972 wurde vom Grazer Max Mayr die Bürgerinitiative „Schützt die Altstadt“ gegründet. Die Stadtgemeinde erkannte die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung und eröffnete 1974 ein „Büro für Bürgerinitiativen“ (MZFG: o.d.; Pelinka 1984: 152).

2.2.4.3. Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“

Die Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“ wurde im Frühling 1972 gegründet und richtete sich gegen die drohende Verbauung der Stadtlandschaft. StudentInnen des Salzburger Kunsthistorikers Hans Sedlmayr und andere AktivistInnen sammelten einundzwanzigtausend Unterschriften gegen die geplante Verbauung. PolitikerInnen der ÖVP und FPÖ erkannten, dass der Salzburger Bevölkerung die Nichtverbauung der Hellbrunner Allee am Herzen lag und griffen das Thema auf. Hilfreich für die Bürgerinitiative dürften dabei die anstehenden Gemeinderatswahlen im Oktober desselben Jahres gewesen sein. Der Naturschutzbeirat der Landesregierung unterstützte den Vorschlag des Naturschutzreferates: das Landschaftsschutzgebiet wurde um die zur Verbauung vorgesehenen Gründe erweitert. Auch das geplante Verkehrskonzept wurde zurückgezogen (Straubinger 2009a: 176f).

2.2.4.4. Österreichische Umweltbewegung

Als für ein Bauprojekt 40 Bäume im Wiener Sternwartepark gefällt werden sollten, nahmen die WienerInnen dies nicht so einfach hin. Der Kampf um den Sternwartepark führte 1973

zur ersten Wiener Volksbefragung überhaupt. Aus diesem Kampf heraus entstand nicht nur die Österreichische Umweltbewegung (USB), es war auch die erfolgreichste Wiener Volksbefragung. 57,4 Prozent der Befragten stimmten gegen das Großprojekt. In Folge trat der Wiener Bürgermeister Felix Slavik zurück (Krutzler 2013: online). Die USB benannte sich während der Anti-AKW-Bewegung in „Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz“ um. Schandl/Schattauer (1996: 125) halten fest: „Einzustufen war sie als unausgegoren bürgerlich-liberal-konservative Gruppierung mit zum Teil wenig Scheu vor dem rechtsextremen Spektrum“.

3. Vorläufer der österreichischen Anti-AKW-Bewegung

Die österreichische Anti-AKW-Bewegung kann in drei Zeitabschnitte unterteilt werden:

- (1) In der ersten Phase, die bis 1973 reicht, werden vereinzelt Stimmen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie wahrgenommen. Hauptsächlich meldeten sich WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und andere ExpertInnen zu Wort. In Vorarlberg kämpfte man gegen das grenznahe Schweizer AKW Rüthi. Der Protest der frühen AKW-GegnerInnen blieb jedoch punktuell und die WarnerInnen blieben noch relativ isoliert.
- (2) In der zweiten Phase, von 1974 bis 1975, verlagerte sich der Protest nach Oberösterreich. Hier entstand auch die erste Bürgerinitiative gegen Atomgefahren (BIAG).
- (3) In der dritten Phase, von 1976 bis 1978, weitete sich der Anti-AKW-Kampf auf ganz Österreich aus. Der Protest richtete sich nicht mehr gegen das geplante AKW St. Pantaleon, sondern gegen das sich bereits in Bau befindliche AKW Zwentendorf. Ab 1976 kann von einer österreichweiten Bewegung gesprochen werden (Schandl/Schattauer 1996: 122f).

Zeittafel der Ereignisse bis 1973

Zeit	AKW-BefürworterInnen	AKW-GegnerInnen
29.06.1956	Gründung der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie (ÖSGAE)	Einzelne kritische Stimmen zB. von Peter Weish und Paul Blau
1962	Geologischen Gutachten: Zwentendorf „ungeeignet“	
01.03.1968	Gründung d. Kernkraftwerksplanungsgesellschaft (KKWP)	
Frühjahr 1969	Energiekonzept der Regierung Klaus (ÖVP) sieht Atomkraftwerke für 1975/76 vor	Memorandum der NÖ Ärztekammer gegen Atomkraftwerke in Österreich
	Strahlenschutzgesetz („Bestrahlungserlaubnisgesetz“) wird einstimmig beschlossen	Beginn der Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen Atomkraftwerke (Verein <i>Gesundes Leben</i>)
10.02.1970	Gründung der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH (GKT)	
21.06. und 6.09.1970		Sternfahrten mit Protestkundgebung in Zwentendorf (200-300 TN)
22.03.1971	Baubeschluss für das AKW Zwentendorf	
Frühjahr 1971		Beginn des Kampfes gegen das Schweizer AKW Rütli in Vorarlberg
07.03.1972	Bewilligungsverfahren im Pfarrsaal von Zwentendorf: Walther Soyka, der im Namen von 902 VollmachtgeberInnen Einwände vorbringen will, wird von der Staatspolizei gewaltsam aus dem Saal entfernt	
04.04.1972	erste Teilerrichtungsgenehmigung für Zwentendorf	
26.05.1973		+1975 Anti-Rütli-Märsche in Vorarlberg

Tabelle 1: Zeittafel der Ereignisse bis 1973.

Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von: Brandstätter et al. 1984: 173f.

Die Zeittafel stellt eine Übersicht der Ereignisse bis 1973 dar. Auf der einen Seite stehen die Österreichische Bundesregierung und andere Atomkraft-BefürworterInnen wie zum Beispiel die Energie-Wirtschaft. Auf der anderen Seite stehen die Aktionen der AKW-GegnerInnen. Oft gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen den zwei Interessensgruppen. Zum Teil reagieren die Atomkraft-GegnerInnen direkt auf die Regierungsmaßnahmen.

3.1. Energiekonzept der Regierung

1956 wurde die Österreichische Studiengesellschaft für Kernenergie gegründet; diese hatte das Studium der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie zum Hauptzweck. Am 1. März 1968 gründeten der Verbund und die Elektrizitätsgesellschaften der Bundesländer die Kernkraftwerksplanungs-GesmbH (KKWP). Im November desselben Jahres wurde Zwentendorf als Standort für das sechshundert Megawatt AKW ausgewählt und das obwohl ein geologisches Gutachten aus dem Jahr 1962 Zwentendorf als ungeeigneten Standort

sieht. Die Energie-Wirtschaft, die das Gutachten in Auftrag gegeben hat, bestand damals allerdings auf strenge Geheimhaltung. Das Gutachten und die damit verbundene Tatsache, dass das AKW auf denkbar ungünstiger Stelle steht, kamen erst kurz vor der Volksabstimmung im Herbst 1978 ans Licht (Kitzmüller 1981: 227f). Das im Mai 1969 erschienene Energiekonzept der Regierung sah den Bau eines Atomkraftwerkes für 1975/76 vor. Noch im Juni 1969 wurde das Strahlenschutzgesetz einstimmig im Parlament verabschiedet (BGBl 227/1969). Kitzmüller (1981: 230) kommt zum Schluss: „Nicht die Betroffenen, zu deren ‚Schutz‘ das Gesetz angeblich erlassen wurde, erhalten einen Rechtsanspruch, sondern die Betreiber. Ihnen gibt das Gesetz einen klagbaren Anspruch auf Errichtungs- und Betriebsbewilligung“. Ende Dezember beschloss der Nationalrat noch das Elektrizitätsförderungsgesetz (EFG) (BGBl 19/1970). Das EFG sah die steuerliche Begünstigung für Kernkraftwerksbetreiber vor. Im Februar 1970 wurde die Gemeinschaftskernkraftwerk-Tullnerfeld-GesmbH (GTK) gegründet. Im März 1971 wurde der Baubeschluss für das AKW Zwentendorf gefasst (Kitzmüller 1981: 233).

3.2. Frühe WarnerInnen

Bereits Ende der 1960er Jahre kam es vereinzelt zu Protesten von atomkraftkritischen Personen. „Im Mittelpunkt der frühen Anti-AKW-Bewegung stand die Sorge um Gesundheit, die man durch eine mögliche radioaktive Verstrahlung als gefährdet ansah“ (Kriiebernegg 2014: 71f). Die kleine Gruppe von Natur- und LebensschützerInnen wurde durch ExpertInnen aus dem biologischen und medizinischen Bereich ergänzt. Österreichische Atom-KritikerInnen wie zum Beispiel die Wiener Biologen Bernd Lötsch und Peter Weish oder der Sozialdemokrat Paul Blau sahen die internationalen Entwicklungen mit Sorge (ebd.; Fehlinger 1979: 38).

Die „Arbeitsgemeinschaft Verhütet den Krebs“ organisierte Ende 1967 mehrere Anti-Atom-Vorträge in der Wiener Stadthalle. Der niederösterreichische Arzt DDr. Rudolf Drobil warnte im Frühjahr 1969 den damaligen Bundeskanzler Dr. Josef Klaus eindringlich und brachte seine Einwände in dem „Ärzte-Memorandum betreffend die Errichtung von Kernspaltungskraftwerken“ zu Papier. Abgesehen davon, dass die Resonanz gering war, hatten AKW-GegnerInnen mit „propagandistisch-manipulatorischen Druck“ zu rechnen (Fehlinger 1979: 38-41). Es war also nicht leicht, sich der Linie der AKW-BefürworterInnen entgegenzusetzen. Als AKW-GegnerIn musste man mit Konsequenzen auf allen Ebenen rechnen. So bekam der Linzer Arzt und Anti-AKW-Kämpfer Dr. Alfred Tisserand auffällig spät den Titel Medizinalrat verliehen, ganz zu schweigen von den schiefen Blicken, die die KollegInnen für ihn übrig hatten (Witzany: 2008b: 63). Während Tisserand unbeirrt weiter kämpfte, hatten andere es

deutlich schwerer. Einer gab auf, weil er um die Konzession für seine Fahrschule bangen musste (Fehlinger 1979: 86). Im Anschluss werden neun Atomkraftwerks-GegnerInnen und WegbereiterInnen der Ökologiebewegung vorgestellt. Sie alle ließen sich von dem teilweise enormen Druck von „oben“ nicht beirren und setzten sich für ein atomkraftwerksfreies Österreich ein.

3.2.1. Paul Blau

Der Sozialdemokrat Paul Blau war „[e]in früher Streiter der Zivilgesellschaft als Aufrüstungskritiker, Mitglied der Pugwash-Bewegung und der Wissenschaftler gegen Atomenergie und nukleare Proliferation“ (Halbrainer et al. 2008: 315). Er setzte sich leidenschaftlich über Jahrzehnte für eine gerechte Gesellschaft ein. Bereits 1961 veröffentlichte Blau ein Buch über Strahlengefahren („Strahlengefahr und Strahlenschutz, Arbeitsunfall und Berufskrankheit Theorie und Praxis“. Ueberreuter: Wien). Paul Blau war von 1967 bis 1970 Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“ und danach von 1970 bis 1972 Kulturattaché der österreichischen Regierung in Paris. Ab 1972 lebte und arbeitete er wieder in Österreich. Von 1972 bis 1979 war er wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Gesellschaftspolitik und Leiter des Referats für Umweltpolitik in der Arbeiterkammer. Paul Blau war von 1970 bis zu seinem Tod mit Freda Meissner-Blau verheiratet (Bruckmüller 2004: 150). Im Spätsommer 1978 war er mitbeteiligt an der Gründung der „Sozialisten gegen Zwentendorf“, damit hat er sich in der Partei „nachhaltig unbeliebt gemacht“ (Meissner-Blau 2008a: 129).

3.2.2. Rudolf Drobil

DDr. Rudolf Drobil äußerte bereits Anfang März 1969 große Bedenken gegen den Bau eines Atomkraftwerkes. Bei einem persönlichen Gespräch mit dem Niederösterreichischen Landeshauptmann versuchten er und die Biologin Dr.ⁱⁿ Gertrude Pleskot Maurer von den Gefahren und Risiken eines Atomkraftwerks für Mensch und Umwelt zu überzeugen (Tollmann 1983: 48). Noch im selben Monat verschriftlichte Drobil seine Bedenken. Das „Ärzte-Memorandum betreffend die Errichtung von Kernspaltungs-Kraftwerken“ wies sowohl auf die technisch-physikalischen als auch auf die biologisch-medizinisch-genetisch-ökologischen Gefahren der Kernspaltung hin. Das Memorandum wurde von 63 namhaften WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und Personen des öffentlichen Lebens unterstützt, unter ihnen waren auch Peter Weish und Günther Schwab. Das Memorandum wurde der Austria Presse Agentur (APA) übergeben, allerdings wurde es lediglich von der St. Pöltner Zeitung vollinhaltlich abgedruckt (ebd.: 48f). „Der Verein ‚Gesundes Leben‘ (Ing. Soyka) in Linz

verbreitete es als Sonderdruck in tausenden Exemplaren und so gelangte es auch ins europäische Ausland“ (Drobil zit. n. Fehlinger 1979: 39).

3.2.3. Robert Jungk

Der Zukunftsforscher Robert Jungk hatte sich zur Aufgabe gemacht „die Gefahren eines drohenden Atomkriegs aufzuzeigen“ (Straubinger 2009a: 61). Bereits ab Mitte der 1950er Jahre versuchte er mit seinen Publikationen auf die Gefahren der „technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung“ (Jungk 1979: 6) hinzuweisen. Sein Tatsachenbericht über die Geschichte des Baus einer Atombombe erschien 1956 und fand weltweit breite Zustimmung („Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher“. Rowohlt Repertoire: Reinbek). Mit „Strahlen der Asche“ erschien 1958 sein nächstes Buch. Dieses „handelt vom grausamen Schicksal der Überlebenden in Hiroshima“ (Straubinger 2009a: 63). Im Frühjahr 1973 durfte er einen Atombombentest in der Wüste Nevadas mitverfolgen (Jungk 1993: 272). In dem 1977 erschienenen Buch „Der Atomstaat“ verdeutlichte Robert Jungk: „Atome für den Frieden‘ unterscheiden sich prinzipiell nicht von ‚Atomen für den Krieg“ (Jungk 1979: 9). Robert Jungk sieht die Gefahr der Atomenergie nicht nur in ihren kriegerischen Zwecken, er beklagt auch ihre erschreckenden Langzeitfolgen: „Bisher wuchs über alle Schäden, die die Technik verursacht hatte, nach absehbarer Zeit Gras [...] Das wird nach einer atomaren Katastrophe nicht der Fall sein“ (ebd.: 48). Durch sein Engagement in der Anti-Atombewegung lernte er Persönlichkeiten wie den Philosophen Albert Schweitzer kennen und schätzen (Straubinger 2009a: 63). Er „nahm nicht nur am Kampf gegen die atomare Rüstung teil, sondern popularisierte auch viele andere Themen des Natur- und Umweltschutzes“ (ebd.: 64). Den Philosophen Günther Anders inspirierte er ebenfalls mit seinem Kampf gegen die Atomkraft. Durch seine Erzählungen über Hiroshima wurde auch Anders zu einem wichtigen Kämpfer der Ökologiebewegung (Jungk 1993: 333f).

3.2.4. Bernd Lötsch

Der Biologe Dr. Bernd Lötsch baute ab 1973 das „Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz“ auf und leitete es bis 1994 (Lötsch 2008: 14 und Schinnerl: online). Lötsch engagierte sich ab 1969 für die Umwelt. In seinen ersten Arbeiten argumentierte er gegen das Blei im Benzin. Er war genauso beim Kampf um die Neusiedlerseebrücke Anfang der 1970er wie beim Kampf gegen das geplante Wasserkraftwerk in Hainburg 1984 engagiert (Halbrainer et al. 2008: 320). Lötsch war ein Schüler des Verhaltensforschers Konrad Lorenz (Föger/Taschwer 2001: 10). In einer Fernsehdiskussion 1976 konnte er den „Vater der Wasserstoffbombe“ (Lötsch 2008: 14) und Kernkraftbefürworter Dr. Edward Teller „entlarven“. Lötsch selbst konstatiert: „So konnte ich Schulter an Schulter mit Robert Jungk,

moderiert von Günther Nenning, dazu beitragen, Tellers Ruf als unüberwindlichen Diskutanten zu erschüttern – laut Regie trafen in diesen Stunden hunderte Anrufe ein, die ihrer Empörung über Teller Luft machten“ (ebd.: 15).

Bernd Lötsch verfasste das Kapitel „Kernenergie für Österreich“, in dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung 1976 herausgegebenen „Aufklärungsbuch“ „Kernenergie in Österreich: pro und contra“. In diesem Aufsatz stellt Lötsch die Notwendigkeit von Kernenergie in Frage und weist auf die Gefahren der Strahlung und des Langzeitrisikos der Atomenergie hin. Sorgen bereiteten ihm auch die ungelösten Folgeprobleme. Neben zahlreichen Studien und Grafiken (ua. zur Schädlichkeit der „normalen“ Strahlung) weist er die LeserInnen darauf hin, dass sich „noch kein Versicherungskonzern der Welt bereitgefunden [hat], Kernkraftwerke auf die Folgerisiken (etwa eines Unfalles) zu versichern“ (Lötsch 1976: 62).

3.2.5. Freda Meissner-Blau

Die „Grand Dame“ der Umweltbewegung wurde zur Atomgegnerin, als sie erkannte, dass es keine Lösung für die Endlagerung des Atommülls gab. Zu dieser Erkenntnis gelangte sie bereits Ende der 1950er Jahre, als sie in Paris als Übersetzerin für die Atomindustrie arbeitete (Meissner-Blau 2008a: 124). Meissner-Blau war der Überzeugung, mit ihrem persönlichen Engagement die Welt verändern zu können bzw. dies zu müssen. Zudem fand Meissner-Blau, „dass die politische Ökologie notwendiger Weise zur Leitwissenschaft der Postmoderne werden müsse und damit die technisch-wissenschaftliche Leitwissenschaft der Moderne konsequenter Weise ablösen würde“ (Meissner-Blau 2008b: 294f). Die Anti-AKW-Bewegung der 1970er waren die Anfänge ihres politischen Engagements (Meissner-Blau 2014: 190). Sie gründete mit anderen Frauen die „Mütter gegen AKW“ (Meissner-Blau 2008a: 126). Zur Aufklärung der Bevölkerung verwendete sie einfache und überzeugende Argumente zugleich:

„Etwa wenn unser Gegenüber meinte, der Staat habe nun schon sieben Milliarden für das Werk ausgegeben, da sei es doch unverzeihliche Verschwendung, es nicht zu nutzen, fragten wir ihn oder sie, ob sie Schwammerln verzehren würden, nur weil sie sehr teuer am Markt gekauft worden waren, jemand aber vermutet, es könnte sich auch ein Giftpilz darunter befinden“ (ebd. 127).

3.2.6. Günther Schwab

„Schwab assoziierte Fortschritt nicht mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sondern mit Gefahr. Seine gesellschaftliche Analyse der Gegenwart kennzeichnete ein ausgeprägter Defätismus, als stünde der Untergang des Abendlandes unmittelbar bevor“ (Straubinger 2009a: 69). Schwab lehnte die Nutzung der Kernenergie kompromisslos ab und unterschied

sich somit vom Naturschutzbund, der „sich für Fragen der Lebensform nicht zuständig“ (ebd.: 72) fühlte und noch bis in die 1970er die friedliche Nutzung der Atomenergie befürwortete (ebd.: 74). 1968 erschien Schwabs großes Anti-Atombuch „Morgen holt dich der Teufel. Neues, Verschwiegenes und Verbotenes von der ‚friedlichen‘ Atomkernspaltung“. Zu Schwabs Verdienst zählt, dass er „früher als die meisten anderen Menschen das außergewöhnliche Gefahrenpotential der Kernenergienutzung erkannt und die Öffentlichkeit darüber informiert“ (ebd.) hat.

3.2.7. Walther Soyka

Walther Soyka und andere UmweltschützerInnen, wie Peter Weish, Richard Eybner ua. organisierten bereits im Sommer 1970 Sternfahrten nach Zwentendorf. Die Resonanz war allerdings noch relativ gering, es beteiligten sich nur zwei- bis dreihundert TeilnehmerInnen an den Protestkundgebungen (Fehlinger 1979: 41). Walther Soyka sammelte insgesamt neunhundertzwei Vollmachten von ZwentendorferInnen und BürgerInnen aus der Umgebung, um mit diesen bei den Bauverhandlungen in Zwentendorf gegen das AKW Protest einzulegen. Er wurde allerdings von der Staatspolizei davon abgehalten und aus dem Saal gebracht. „[N]ach dem österreichischen Strahlenschutzgesetz [haben] die unmittelbar betroffenen Bewohner des Umlandes bei der Errichtung atomarer Anlagen keine Parteienstellung“ (Brandstätter et al. 1984: 160).

3.2.8. Alfred Tisserand

Der Linzer Allgemeinarzt Dr. Alfred Tisserand war bereits in den 1960er Jahren für den Naturschutz engagiert. Er war von 1966 bis 1976 Vorsitzender des Naturschutzbundes Oberösterreich (Witzany 1989: 67).

„Er überlegte, welche Folgen der Wiederaufbau der Stadt und der Industrie für die Gesundheit der Bürger haben werde. Seiner Ansicht nach war die Schönheit der Stadt und die Erhaltung ihrer geschichtlichen Substanz wichtig für die seelische Gesundheit ihrer Bewohner. Er machte oft in der Öffentlichkeit, bei Behörden und Personen aller Rangstufen seine Ansichten und Erkenntnisse geltend“ (Witzany 2008b: 62).

Friedrich Witzany bezeichnet den Arzt als „Nestor der Anti-Atom-Bewegung in Oberösterreich“ (Witzany 2008b: 62). Tisserand selbst bezeichnete sich selbstironisch als „Facharzt für Misstrauen“ (Lötsch 2008: 12). Er trat ohne Rücksicht auf Verluste im Kampf gegen das AKW St. Pantaleon auf und galt als unermüdlicher Kämpfer, oft studierte er bis spät in die Nacht Literatur zu Kernspaltung und Bürgerwiderstand. Er sprach nicht nur seine PatientInnen an, sondern forderte auch die Menschen auf der Straße auf, sich am Kampf gegen Atomkraftwerke zu beteiligen. „Den jungen Intellektuellen vom Kommunistischen

Bund machte er klar, dass Radioaktivität aus sozialistischen Atomkraftwerken genauso schädlich ist wie aus kapitalistischen“ (Witzany 2008b: 64).

3.2.9. Peter Weish

Auch der Biologe Peter Weish setzte sich bereits ab 1969 „kritisch mit den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Aspekten der Atomenergie“ (Halbrainer et al. 2008: 325) auseinander. Er deckte schwere Mängel im Forschungszentrum Seibersdorf auf und gehörte zu einer kleinen Gruppe, die bereits 1971, vor Baubeginn, in Zwentendorf protestierten. 1975 brachte er gemeinsam mit seinem Kollegen, dem Chemiker Dr. Eduard Gruber, das Taschenbuch „Radioaktivität und Umwelt“ (Fischer Verlag) heraus (Lötsch 2008: 14). Über sein Engagement in der Anti-AKW-Bewegung schreibt Weish (2008: 26):

„Es galt also nicht nur, die ‚andere Seite‘ der Kernenergie unters Volk zu bringen, sondern auch den Fortschrittsglauben und das Urvertrauen zu erschüttern. In dieser ersten Phase der Auseinandersetzung mit der Kernenergie – und es war ja auch die Anfangsphase der Ökologiebewegung – kam es darauf an, ‚anerkannten‘ Experten öffentlich entgegenzutreten.“

Weish nahm bis zu seiner Studentenzeits an, dass ExpertInnen und WissenschaftlerInnen wissen würden, was die Chemikalien, die sie herstellen der Natur und infolge den Menschen antun würden (welche kurz- und langfristigen Auswirkungen diese auf die Natur und Menschen haben). Im Laufe seines Studiums fand er allerdings mit Bestürzung heraus, dass die vermeintlich besten ProfessorInnen und ForscherInnen oft nicht fähig oder gewillt waren, über den Tellerrand hinaus zu blicken und somit die Folgen der entwickelten Substanzen nicht einschätzen konnten (ebd.: 17). Im Laufe der Zeit gelangte er zum Erkenntnis, dass es eine Ehrensache als Wissenschaftler sein müsse, die Öffentlichkeit über die Gefahren der Atomenergie aufzuklären. Schließlich wird die Forschung durch Steuergelder finanziert und so besteht eine soziale Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber (ebd.: 20). Bernd Lötsch sagt über ihn: „Peter Weish hatte sich zum besten Umweltexperten des Radioaktivitäts-Problems entwickelt“ (Lötsch 2008: 15). Peter Weish wurde als Sachverständiger sehr geschätzt. Lötsch bewundert zudem seinen Weitblick in der Energiepolitik (ebd.).

3.3. Kampf gegen „Rüthi“ in Vorarlberg

Etwa um 1970 begann in Vorarlberg der Kampf gegen das grenznahe Schweizer AKW Rüthi. Hunderte Zeitungsartikel gegen Atomkraftwerke erschienen in den „Vorarlberger Nachrichten“ (VN). Der WSL Vorarlberg konnte gemeinsam mit den VN große Teile der Bevölkerung mobilisieren. Durch das gezielte Ansprechen verschiedenster Sport-, Jagd-, Fischer- und Frauenvereine konnten zwanzigtausend DemonstrantInnen für Proteste in Feldkirch gewonnen werden. 1973 und 1975 wurden rund zehntausend TeilnehmerInnen bei

Protestmärschen entlang der Schweizer Grenze gezählt. Laut einer Meinungsumfrage sprachen sich sogar neunzig Prozent der VorarlbergerInnen gegen das geplante AKW aus. Die österreichische Regierung konnte nicht länger wegschauen und legte Protest bei der eidgenössischen Regierung ein. Durch den immer größer werdenden Druck ließ die Schweizer Regierung im Oktober 1976 vom AKW Rütli ab. Die Betreiber-Gesellschaft legte die Pläne schließlich 1980 zu den Akten (Brandstätter et al. 1984: 159f u. 173).

4. Anfänge der Anti-AKW-Bewegung in Oberösterreich

Zeittafel der Ereignisse von Herbst 1973 bis Ende 1975

Zeit	AKW-BefürworterInnen	AKW-GegnerInnen
Herbst 1973	Zeitungsberichte: Zweites AKW in St. Pantaleon/Stein	
30.01.1974		Vortrag von DDr. Bechert in Linz gegen das AKW St. Pantaleon; Gründung der BIAG Linz
Februar 1974	Gründung der Gemeinschaftskraftwerk Stein GesmbH (GKS) für das AKW St. Pantaleon	
15.12.1974		Kundgebung in St. Pantaleon; bei einer Volksbefragung der BIAG Linz sprechen sich 89,9 % der Bevölkerung von St. Pantaleon gegen das AKW aus (bei 69,8 % Beteiligung)
28.02.1975		auf einer Diskussionsveranstaltung in Enns (2.000 TN) werden die Landeshauptleute Wenzl (OÖ) und Maurer (NÖ) heftig attackiert
01.04.1975	Handelsminister Staribacher gibt Aufschub von St. Pantaleon aus "ökonomischen Gründen" bekannt	
22.04.1975	"blamable" Diskussionsveranstaltung mit Bundeskanzler Kreisky (3.500 TN) in Linz	
Frühjahr 1975		„Arbeitskreis Ökologie“ Salzburg gibt eine ausführliche und gut fundierte Broschüre über die Gefahren der Atomenergie heraus
29.06.1975		Protest-Wanderung zum Bauplatz in St. Pantaleon (300 TN)
Herbst 1975	Nationalratswahlen und Ankündigung der Informationsveranstaltungen rund um das Thema Kernenergie	Gründung von studentischen Arbeitskreisen in Wien, Salzburg, Linz und Vorarlberg

Tabelle 2: Zeittafel der Ereignisse von Herbst 1973 bis Ende 1975.

Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von Brandstätter et al. 1984: 174f, Fehlinger 1979: 52, 93; Kitzmüller 1981: 233.

In Tabelle 2 ist zu erkennen, dass auf eine Aktion der AKW-BefürworterInnen meist eine Reaktion der AKW-GegnerInnen folgt. Der Protest in den Jahren 1974 und 1975 richtete sich fast ausschließlich gegen das AKW St. Pantaleon. Man glaubte nicht daran, die

Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindern zu können. AKW-KämpferInnen wollten zumindest das zweite Kraftwerk verhindern (Fehlinger 1979: 83).

4.1. St. Pantaleon/Stein als Standort für zweites AKW

Zeitgleich mit dem Baubeschluss für Zwentendorf am 22. März 1971, wurde die Planung für ein zweites Kernkraftwerk in Auftrag gegeben. Lange Zeit blieb der Standort geheim. Erst durch den „Österreichischen Wirtschaftsdienst“ 5/1973 wurde bekannt, dass die Errichtung nahe der Ennsmündung erfolgen sollte. Gegen Ende des Jahres berichteten mehrere Zeitungen, dass die Entscheidung für den Standort St. Pantaleon/Stein gefallen sei. Der Baubeschluss wurde noch vor Winter 1974 erwartet. Im Februar 1974 wurde die Gemeinschaftskraftwerk Stein GesmbH (GKS) gegründet, sie war für den Aufbau und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Stein/St. Pantaleon zuständig (Fehlinger 1979: 52-54).

4.2. Die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren Linz entsteht

Am 30. Jänner 1974 organisierte der Linzer Volksbildungsverein einen Vortrag des atomkritischen deutschen Bundestagsabgeordneten DDR. Karl Bechert. Am Rande dieser Veranstaltung lernten die oberösterreichischen NaturschützerInnen, bis dato EinzelkämpferInnen, unter anderen die Wiener Wissenschaftler Peter Weish und Bernd Lötsch kennen. Dies war der „Startschuss für eine große Offensive der Umweltschützer“ (Linzer Tagblatt vom 1.2.1974 zit. n. Fehlinger 1979: 54). Im Anschluss an die Anti-Atom-Veranstaltung in der Handelskammer Linz formierte sich die „Bürgerinitiative gegen Atomgefahren“ (BIAG) Linz. Die BIAG wurde von Mitgliedern des oberösterreichischen Naturschutzbundes (ÖNB), des WSL und oberösterreichischen EinzelkämpferInnen gegründet. Da die Vereinsgründung als zu kompliziert angesehen wurde, wurden Veröffentlichungen unter dem Impressum des WSL herausgegeben (Fehlinger 1979: 55). Die BIAG organisierte im Frühling und Sommer 1974 Vorträge mit internationalen AKW-GegnerInnen und startete Ende April eine Unterschriftenaktion gegen das geplante AKW in St. Pantaleon/Stein. Bis Ende 1974 konnten fünfundsiebzigtausend (insgesamt hundertzwanzigtausend) UnterstützerInnen für das angestrebte Volksbegehren gewonnen werden (ebd.: 56). Der Text, mit der die Bürgerinitiative auf Unterschriftenfang ging, betonte die enorme gesundheitliche Gefahr, die von Atomkraftwerken ausging. Er war so verfasst, dass ihn Personen aller ideologischen Richtungen ohne Bedenken unterschreiben konnten. Er wies vor allem auf die „schwere Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung“ (BIAG zit. n. Fehlinger 1979: 56) hin und gab zu bedenken, dass Atomkraftwerke weder „sicher, sauber noch umweltfreundlich sind“ (Fehlinger 1979: 57). Den AktivistInnen der BIAG Linz ging es nicht so sehr darum, BürgerInnen gegen Atomkraftwerke zu mobilisieren, sondern

eher darum, PolitikerInnen und andere Autoritätspersonen auf ihre (Anti-AKW-)Seite zu ziehen. Die angesprochenen Persönlichkeiten sollten das AKW-Problem dann stellvertretend lösen (ebd.: 94). Fehlinger kritisierte die undemokratische Arbeitsweise der BIAG. Die politische Linie wurde von ein paar wenigen „führenden Köpfen“ festgelegt. Außerdem gab es „keine festen Regeln nach denen jemand an der BIAG mitarbeiten konnte“ (ebd.: 60). Sicher war nur, dass es unmöglich war, in den engeren Kreis aufgenommen zu werden, „wenn man nicht weitgehend die politischen Ansichten der ideologisch FPÖ-nahen Führer teilte“ (ebd.: 61). Kitzmüller unterstellt den frühen Atom-KritikerInnen „keinerlei gesellschaftspolitischen Kenntnisse“ (Kitzmüller 1981: 236) besessen zu haben. Ferner seien diese nicht fähig gewesen, sich zu artikulieren. Sie hatten weder Ahnung von „gesellschaftlichen Machtstrukturen noch die von diesen Strukturen geprägte Bewusstseinslage der Mehrheit der Bevölkerung“ (ebd.). Jedoch stellt Kitzmüller auch fest, dass es „bemerkenswerte Ausnahmen“ gegeben hat. Ansonsten „waren die frühen österreichischen Atomgegner eher apolitisch mit überwiegender konservativer Grundhaltung“ (ebd.).

„Der konservative Charakter dieser frühen Initiativen gegen Atomkraft drückte sich wiederum im geradezu volkstümlich-lokalspatriotischen Auftreten aus. Im Zentrum dieser Veranstaltungen standen zumeist Honoratioren, begleitet von Blasmusik und kirchlichen Zeremonien. Manche Gruppierungen titulierte ihren Widerstand gegen die Errichtung von AKWs und Atommülllager gar als Abwehrkampf, als Verteidigung der geliebten Heimat gegen die volksfernen Interessen einer abgehobenen Zentralregierung“ (Kribernegg 2014: 72).

Brandstätter et al. (1984: 161) bescheinigen der BIAG eine wichtige Rolle, sie bezeichnen sie als „entscheidende Kraft für den Aufbau der regionalen Anti-AKW-Bewegung“. Kribernegg (2014: 153) hält fest, dass die BIAG „nicht nur als erste Plattform des Anti-AKW-Protests gelten kann, sondern auch als Organisation der ökologischen Rechten“. Die Bestrebungen der BIAG führten jedenfalls zu einem Umbruch im AKW-Streit. Durch neue, erfolgserzielende Protestmaßnahmen konnte der Bau des Atomkraftwerks an der Enns mündung zuerst aufgeschoben, danach verhindert werden. Wie es soweit kam, wird auf den nächsten Seiten geklärt.

4.3. Offensive pro Atom der BefürworterInnen

Im April und Mai 1974 starteten die GKS und die E-Werke eine Pro-Atom-Kampagne mit Inseraten in lokalen Tageszeitungen, Vorträgen und einer Wanderausstellung. Ab Juni des gleichen Jahres ließen die OÖN und die Linzer Rundschau, teilweise auch die Kronen Zeitung kritische Artikel zur Atomenergie-Frage zu. Außerdem kam es zu einer breiten LeserInnenbriefdebatte, die die AKW-GegnerInnen für sich nutzen konnten. Die

oberösterreichischen PolitikerInnen waren unfähig eine eindeutige Pro-Atom-Linie zu vertreten. Auch in TV-Diskussionen konnten die Zweifel gegenüber Kernenergie einem breiten Publikum vermittelt werden. Allerdings nutzten nicht nur die AKW-GegnerInnen dieses Medium. In der ORF Fernsehsendung „Stadtgespräche“ stellte der damalige Journalist und spätere Wiener Bürgermeister Dr. Helmut Zilk die protestierende Bevölkerung als ängstliche Dummköpfe und Maschinenstürmer hin (Fehlinger 1979: 59f). Wie dieses Beispiel zeigt, war es nach wie vor üblich, KritikerInnen als SpinnerInnen, NörglerInnen und rückschrittliche NaturschützerInnen hinzustellen. AtomkritikerInnen versuchte man als gefährlich und kriminell zu bezeichnen, sie galten gar als Fortschrittsfeinde (Kitzmüller 1981: 236). Die Atomdiskussion war noch nicht in der breiten Bevölkerung angekommen (Fehlinger 1979: 61).

4.4. Volksbefragung St. Pantaleon

Im Herbst 1974 organisierte die BIAG eine schriftliche Volksbefragung der St. Pantaleoner Bevölkerung. Alle wahlberechtigten BürgerInnen der Gemeinde waren aufgerufen, sich mittels Briefwahl für oder gegen das AKW zu entscheiden. 1189 wahlberechtigte BürgerInnen konnten zwischen zwei Alternativen wählen: „Ich bin für das Atomkraftwerk in meiner Gemeinde“ bzw. „Ich bin gegen das Atomkraftwerk in meiner Gemeinde“. 89,8 Prozent der teilnehmenden GemeindebürgerInnen stimmten gegen den Bau des Atomkraftwerks (Fehlinger 1979: 65f). Das Ergebnis wurde im Rahmen einer Demonstration am 15. Dezember in St. Pantaleon präsentiert. Bereits im Vorfeld der Kundgebung schickte die GKS ein „Aufklärungsschreiben“, mit der Ankündigung, ein Informationszentrum rund um das Thema Kernenergie eröffnen zu wollen, aus. Der Protest der DemonstrantInnen richtete sich somit nicht nur gegen das geplante AKW, sondern auch gegen das Informationszentrum, schließlich wollte man als StromendverbraucherIn die Kosten für die einseitige Pro-Atom-Propaganda nicht tragen (ebd.: 67f). Während die KKW-Planungsgesellschaft nach wie vor mit einem Baubeginn im Spätsommer 1975 rechnete, war die Bevölkerung nun viel aufgeklärter betreffend die atomaren Gefahren (ebd.: 68).

4.5. Die Wende

Als erster Höhepunkt der noch jungen Bewegung kann eine Diskussionsveranstaltung am 28. Februar 1975 in der Ennser Stadthalle angesehen werden. Unter den Podiumsgästen befanden sich die beiden Landeshauptmänner Wenzl (OÖ) und Maurer (NÖ) und der Contra-Experte Dr. Peter Weish. Die Diskussion auf der Bühne und auch die Stimmung im Publikum waren angeregt. Insgesamt gab die Veranstaltung den AKW-GegnerInnen starken Auftrieb (Fehlinger 1979: 70-73). Am 1. April 1974 macht Handelsminister Josef Staribacher

klar: Der Bau des AKW St. Pantaleon/Stein wird „aus ökonomischen Gründen“ (Brandstätter et al. 1984: 1974) aufgeschoben. Die für Herbst anberaumte Nationalratswahl machte es nötig, dass auch Bundeskanzler Kreisky zur AKW-Frage Stellung bezog. Er sagte für eine von den ÖÖN organisierte Diskussionsveranstaltung „Atomstrom – ja oder nein?“ (Fehlinger 1979: 75, 79) zu. Mittlerweile mischten sich auch der KB Linz und das neu gegründete „Aktionskomitee gegen den Bau des KKW-St. Pantaleon“ in die Anti-Atom-Diskussion ein. Während es den Herren der BIAG unangenehm war, den Regierungschef persönlich zu konfrontieren, sehnten die beiden anderen Gruppen eine direkte Konfrontation herbei. Der KB rief dazu auf, „sich nicht von den Manövern der Politiker“ (ebd.: 79f) täuschen zu lassen. Bei der Veranstaltung selbst zog man mit Sprechchören den Unmut der konservativen AKW-GegnerInnen auf sich. Glaubten die Funktionäre der BIAG noch vor der Veranstaltung, den Regierungschef als AKW-Gegner gewinnen zu können, musste man sich nach der Diskussion eingestehen, dass sich die Bewegung gegen die Bundesregierung durchsetzen muss (ebd.: 81). Kreisky war es nicht möglich – wohl auch in Hinblick auf mögliche Stimmenverluste bei den Nationalratswahlen – eindeutig Stellung zu beziehen. Er redete nicht mehr von einer Volksbefragung, sondern zog eine Parlamentsabstimmung über die Kernenergienutzung in Betracht. Da die Veranstaltung teilweise live im Fernsehen übertragen wurde und österreichweit in Tageszeitungen davon berichtet wurde, kann die Diskussion als erster Höhepunkt der Ökologiebewegung angesehen werden. Gleichzeitig markiert sie aber auch eine entscheidende Wende im AKW-Streit: „Die Auseinandersetzung um die Atomenergie ist nicht länger ein regional beschränktes Problem, [...] sondern sie wird zu einem allgemeinen Thema der österreichischen Innenpolitik“ (Manzano 1981: 24f). Auch Svoboda (1998: 144) konstatiert wie folgt:

„Das Problem der AKWs wurde nach diesem blamablen öffentlichen Auftritt Kreiskys nicht mehr isoliert, sondern in einem größeren Zusammenhang gesehen und die AKW-Frage dem Thema der Umweltzerstörung untergeordnet. Die wesentlichste Erkenntnis blieb allerdings lange unerkannt: Es wurde eine Verbindung zwischen antiatomarem Widerstand und der Forderung nach plebiszitärer Demokratie hergestellt – ein eindeutiger Affront gegen die traditionelle Politikausrichtung in Österreich, die eine Demokratiebeteiligung nur eingeschränkt erlaubte.“

Ebenfalls Mitte der 1970er Jahre verzeichneten deutsche AKW-GegnerInnen mit der Bauplatzbesetzung in Wyhl einen großen Erfolg. Dieser gab wiederum den österreichischen WiderstandskämpferInnen Auftrieb. Zeitgleich deckten internationale WissenschaftlerInnen Skandale rund um die Atommülllagerung auf. Auch dieser Aspekt führte dazu, dass viele Menschen eine kritische Haltung gegenüber der Kernenergie einnahmen (Brandstätter et al. 1984: 162).

4.5.1. Protest-Wanderung zum Bauplatz in St. Pantaleon

Da die KKWP keine Anstalten machte, die Vorbereitungsarbeiten für das Kernkraftwerk zu stoppen und sogar ein Informationszentrum in Pyburg/St. Pantaleon eröffnete, rief die BIAG am 29. Juni 1975 zu einer Protestwanderung nach St. Pantaleon auf. Unterstützt wurde die Bürgerinitiative vom KB Linz, dem Linzer Aktionskomitee und dem „Arbeitskreis Ökologie“ Salzburg. „Der Wandertag war als Protest gegen das Informationszentrum zu verstehen und sollte gleichzeitig ein Lokalaugenschein des Geländes werden“ (Fehlinger 1979: 85). Bei strömenden Regen kamen ca. dreihundert TeilnehmerInnen zusammen. Da die politischen Interessen der verschiedenen AKW-GegnerInnen-Gruppen so unterschiedlich waren, prallten Welten aufeinander. Die BIAG organisierte eine Feldmesse am Bauplatz und hoffte nach wie vor den Bundeskanzler umstimmen zu können. Die BIAG Mitglieder waren noch immer der Meinung, sich Verstärkung von außerhalb der Bewegung holen zu müssen. Die dem KB nahestehenden TeilnehmerInnen hingegen wollten über das weitere Vorgehen im AKW-Kampf die Diskussion in der Gruppe. Da das Megaphon am Bauplatz durch die Blasmusikkapelle übertönt wurde und die Mitglieder der BIAG früher aufbrachen, konnte es zu keiner Diskussion in der Gruppe kommen (ebd.: 85f).

4.5.2. Zusammenarbeit der oberösterreichischen Gruppen

Die BIAG und der Arbeitskreis Linz standen sich „distanziert bis ablehnend gegenüber“ (Brandstätter et al. 1984: 163). Karl Manzano (1981: 28) stellt fest, dass es zu keiner Zusammenarbeit zwischen der BIAG Linz und dem KB kam. Während der KB den BIAG-Anführern vorwarf, sich nicht auf den „Widerstand des Volkes“ zu stützen, sondern auf die Beeinflussung von PolitikerInnen zu setzen, kritisierte die BIAG die extreme Haltung des KB und bemängelte, dass die linken Gruppen keine Gelegenheit ausließen, ihre Ansichten unter Volk zu bringen (ebd.: 29). Friedrich Witzany, Funktionär der BIAG, war sich der Heterogenität der Bewegung bewusst und versuchte, „dass die roten Transparente nicht überhandnahmen oder die Internationale nicht zu stark durchklang“ (Witzany 2008a: 53). Die Einmischung des KB Linz brachte aber auch einige Vorteile mit sich. Der KB galt als überaus aktiv, in Jugendzentren und auf Jugend-Veranstaltungen konfrontierte er die jungen Leute mit der AKW-Politik (Fehlinger 1979: 64). Er „vermittelte dem konservativ-bürgerlichen Teil der Anti-AKW-Bewegung den Zugang zu Schülern, Studenten und Arbeitern und eröffnete eine neue Perspektive für die Anti-AKW-Bewegung in Oberösterreich“ (Svoboda 1998: 143). Allerdings versuchte der KB „revolutionäre Gedanken über die Rolle des Staates und die ökonomischen Interessen des am Atomkraftwerksprogramm beteiligten Kapitals in die aufkeimende AKW-Bewegung hineinzutragen“ (Fehlinger 1979: 63f). Fehlinger (1979: 64)

beschreibt das Verhältnis der beiden ideologisch auseinander driftenden Gruppen wie folgt:

„Nebenbei bemerkt gab es natürlich einige – dem Kampfziel mehr oder weniger abträgliche – Konfrontationen dieser zunächst rivalisierenden AKW-Gegner, die später über weite Strecken unter einer Decke der ‚friedlichen Koexistenz‘ verborgen wurden, manchmal allerdings zu offenen gegenseitigen Angriffen, vor allem über die Fragen der Taktik im Kampf gegen das AKW-Programm, entwickelten. Die Hauptseite in ihrem Verhältnis war aber dennoch das verbindende gemeinsame Ziel, das AKW-Programm zu Fall zu bringen. Diese Einheit war also ein Zweckbündnis, wenngleich selten wirklich Aktionseinheit.“

Nichtsdestotrotz war die Bewegung gegen das AKW St. Pantaleon/Stein „die erste wirkliche erfolgreiche Bewegung gegen die österreichische Bundesregierung“ (Fehlinger 1979: 51).

4.6. Entstehung von Arbeitskreisen österreichweit

Der Herbst 1975 kann als Zäsur in der Anti-AKW-Bewegung betrachtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Bewegung stark regional geprägt, konservative NaturschützerInnen dominierten. Doch jetzt kamen die jungen Linken, hauptsächlich StudentInnen, hinzu. „Waren es zuerst eher ältere, konservativ geprägte Personen, standen nun mehrheitlich junge Aktivisten aus dem Studentenmilieu zur Verfügung, die dann 1977 und 1978 die Demonstrationen prägten.“ (Svoboda 1998: 146). Im Laufe der Zeit wurde die Bewegung immer mehr zu einer gesamtösterreichischen.

4.6.1. „Arbeitskreis Ökologie“ Salzburg

Mitglieder des „Arbeitskreis Ökologie“ Salzburg beteiligten sich schon vereinzelt an der Kundgebung in St. Pantaleon im Dezember 1974. Durch die Ereignisse in Linz Ende April 1975 wurde der Arbeitskreis bestärkt und brachte gemeinsam mit dem Österreichischen Naturschutzbund im Frühjahr eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Atomenergie. Informationen, Argumente, Kritik“ heraus (Fehlinger 1979: 82; Straubinger 2009a: 217f). Die Broschüre stieß auf großes Interesse (Manzano 1977: 5). Sie behandelte Fragen rund um die Kernenergie. So wurde zum Beispiel die Forschungspolitik kritisiert, oder technologische Probleme angesprochen, aber auch wirtschaftliche Bedenken und das ungelöste Atommüllproblem fanden einen Platz in der 82 Seiten dicken Broschüre. Zusätzlich wurden noch alternative Energiequellen vorgestellt und den BürgerInnen Beispiele geliefert „wie der Kampf gegen das AKW-Programm geführt werden kann“ (Fehlinger 1979: 82; Straubinger 2009a: 217f).

4.6.2. „Arbeitskreis Atomenergie“ (AKAE) Wien

Die Veranstaltung in der Linzer Mehrzweckhalle hatte auch Auswirkungen auf die Bundeshauptstadt. Einige atomkritische BürgerInnen, hauptsächlich Biologie-StudentInnen, die bereits den Bau des AKW-Zwentendorf kritisierten, luden nur zwei Tage nach der Linzer Diskussionsveranstaltung mit dem Bundeskanzler zu einer Versammlung im Auditorium Maximum. An der Wiener Universität konnten sich alte und neue AKW-GegnerInnen kennenlernen und Kontakte knüpfen (Fehlinger 1979: 82). Im Herbst formierte sich dann offiziell der „Arbeitskreis Atomenergie“ Wien. Der AKAE wurde vom Wiener KB dominiert. Der KB selbst „war eine straff geführte Organisation“ (Svoboda 1998: 16) und wurde Ende 1972 von ehemaligen Studierenden der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (MLS) gegründet. „Die zentrale Forderung des KBÖ war ‚die Frage der AKW als eine Frage des Kampfes um Demokratie zu behandeln‘“ (K.M. 1977: 6 zit. n. Svoboda 1998: 149). Für die KBÖ war der Kampf um die Atomenergie nicht nur ein Kampf gegen Kernkraft, sondern vielmehr ein Kampf gegen die Regierung. Den KBÖ Mitgliedern ging es darum, die BürgerInnen darauf zu stoßen ihre Interessen selbstständig gegenüber dem Staat zu vertreten (Svoboda 1998: 148f). Der KB Wien distanzierte sich deutlich von seinem „Intimfeind, der KPÖ“ (ebd.: 55).

Der AKAE Wien war es auch, der fast ein Jahre später vor die nicht-studentische Öffentlichkeit trat: bei einer Diskussionsveranstaltung im Albert-Schweitzer-Haus am 1. April 1976 trafen die kontrovers eingestellten Wiener bürgerlichen Natur- und Umweltschutzgruppen und EinzelkämpferInnen aufeinander. Konnte man vorher so gar nicht miteinander, so entstand nach dieser Veranstaltung ein Zusammenschluss der sich davor rivalisierenden Gruppen (Fehlinger 1979: 93).

5. Eine österreichweite Bewegung entsteht

Zeittafel der Ereignisse von 1976 bis 1978

Zeit	AKW-BefürworterInnen	Anti-AKW-Bewegung
01.04.1976		Veranstaltung des Arbeitskreises Atomenergie Wien im Albert-Schweitzer-Haus. In ganz Wien wird die Forderung "Keine Betriebsgenehmigung für Zwentendorf" plakatiert. Rechte und linke AktivistInnen treffen zusammen und können ganz gut miteinander
15./16.05.1976		erstes Treffen von allen österreichischen Anti-AKW-Gruppen in Enns. Gründung der „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG)
1976	Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung bringt die Broschüre „Kernenergie in Österreich: pro und contra“ heraus	erste Auflage "Wie ist das mit Atomkraftwerken wirklich?" der IÖAG
14.10.1976 - 10.03.1977	Erste bis neunte Regierungsveranstaltung „Informationskampagne Kernenergie“ österreichweit	Regierungsveranstaltungen werden zu Protestkundgebungen
24.03.1977	Letzte Regierungsveranstaltung in der Wiener Stadthalle wird kurzfristig abgesagt	Gesamtösterreichischer Aktionstag mit Demonstrationen in ganz Österreich
12.06.1977		Gesamtösterreichische Sternfahrt nach Zwentendorf mit 6000 bis 8000 TN
25.06.1977		Traktoren-Demonstration im Waldviertel
26.10.1977		Demonstration vorm Parlament mit 6000 TN
April 1978		Offizielle Forderung der IÖAG nach einer Volksabstimmung
Juni 1978	Gesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie wird verabschiedet und die Volksabstimmung im Parlament beschlossen	
August 1978		Gründung: ARGE NEIN
14.10.1978		Sozialisten gegen Atomenergie
05.11.1978	Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie Wahlbeteiligung: 64,10%, 50,47% Nein-Stimmen	
15.12.1978	Der Nationalrat beschließt mittels des Bundesverfassungsgesetzes das „Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energiegewinnung in Österreich“	

Tabelle 3: Zeittafel der Ereignisse von 1976 bis 1978.

Quelle: selbst erstellt anhand der Daten von Brandstätter et al. 1984: 174-176; Fehlinger 1979: 107f; BMWF 1976; Papousek 2008: 183; BGBl 676/1978.

Tabelle 3 gibt einen Auszug über die Ereignisse von April 1976 bis zur Volksabstimmung am 5. November 1978. Die Tabelle zeigt, dass die AKW-GegnerInnen in diesem Zeitraum sehr

aktiv waren. Die Informationsveranstaltungen der Regierung wurden in Protestkundgebungen umfunktioniert. Danach wurden Demonstrationen organisiert und eine Volksabstimmung gefordert. Die PolitikerInnen gaben schließlich dem enormen Druck von unten nach und einigten sich darauf, das Volk über die friedliche Nutzung der Kernenergie entscheiden zu lassen. Nur wenige Monate vor der entscheidenden Abstimmung bildeten sich neue AKW-GegnerInnen-Gruppen heraus.

5.1. Regierungserklärung vom 5. November 1975

Die Regierung rund um den alten und neuen Bundeskanzler Bruno Kreisky erkannte, „daß die AKW-Frage nicht mehr im Stillen und nicht mehr als ‚regionales‘ Problem gelöst werden konnte“ (Brandstätter et al. 1984: 162) und beschloss im Rahmen der Regierungserklärung vom 5. November 1975 die Aufklärung der Bevölkerung hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie mittels österreichweiten Diskussionsveranstaltungen. Vorab wurden Peter Weish, Eduard Gruber und Bernd Lötsch vom „Ludwig Boltzmann Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz“ gebeten, einen Fragenkatalog mit allen relevanten Problemen hinsichtlich Kernenergie zu erarbeiten. Auf 40 Seiten listeten die drei Wissenschaftler zum Teil knifflige Fragen zu den verschiedenen Bereichen (technisch-administrativ, biologisch-medizinisch, sozio-ökonomisch und politisch) auf. Von Regierungsverantwortlichen wurden die Fragen aufgegriffen und in zehn Teilbereiche unterteilt. Diese inhaltlich abgegrenzten Themen sollten dann ab Herbst 1976 von Pro- und KontraexpertInnen diskutiert werden (Fehlinger 1979: 87f). Fehlinger konstatiert: „Aber nicht nur formal waren die Fragen des Ludwig-Boltzmann-Institutes umgearbeitet worden, inhaltlich wurden sehr unangenehme Fragen einfach ausgelassen“ (ebd.: 95). Von Regierungsseite her wurde die Informationskampagne „als demokratisches und partizipatorisches Experiment angekündigt“ (Manzano 1981: 31). Für viele AKW-GegnerInnen war jedoch schnell klar, dass „diese Veranstaltungen als Ablenkungsmanöver ablaufen sollten, während die Entscheidungen ganz woanders gefällt werden“ (Flugblatt des AKAE Dezember 1976 zit. n. Manzano 1981: 32). Zusätzlich brachte das Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung die Broschüre „Kernenergie in Österreich: pro und contra.“ heraus. Im Vorwort schreibt die damalige Bundesministerin für Wirtschaft und Forschung, Frau Dr.ⁱⁿ Hertha Firnberg: „Die in dieser Broschüre enthaltenen Beiträge wurden von Befürwortern und Gegnern der Kernenergie verfaßt und mögen als Beiträge zur größeren Information sowie als Basis für eine sachliche Diskussion über dieses Thema gewertet werden“ (Firnberg 1976: 5). Auf 106 Seiten kommen die fünf Atomexperten Engelbert Broda, Wolf Häfele, Peter Weinzierl, Victor Weisskopf und Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker sowie der Biologe Bernhard [sic!] Lötsch zu Wort (BMWF 1976).

5.1.1. Erste Reaktion auf die Regierungskampagne

Die geplante „Aufklärungskampagne“ der Regierung rief wiederum die WiderstandskämpferInnen auf den Plan. Im Frühjahr 1976 gab es in fast ganz Österreich organisierte AKW-GegnerInnen-Gruppen. In Wien, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg hatten sich bereits aktive Netzwerke gebildet. Und in Graz waren „Ansätze organisierter Gegnerschaft“ (Fehlinger 1979: 93) vorhanden. Der Grundstein für eine österreichweite Bewegung war somit gelegt. Rein der Anlass zum Zusammenschluss fehlte bisher. Diesen gab die Regierung mit der österreichweit geplanten Pro-Atom-Kampagne. Im Mai 1976 lud daraufhin die BIAG Linz auf Wunsch des Salzburger Gruppe „Arbeitskreis Ökologie“ zur ersten Konferenz aller österreichischen Anti-AKW-KämpferInnen auf. Am 16. und 17. Mai wurde in Enns infolgedessen die überparteiliche Plattform „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) gegründet (Brandstätter et al. 1984: 163).

5.1.2. IÖAG

Als erste Tätigkeit arbeiteten die AKW-GegnerInnen eine gemeinsame Resolution mit nur zwei Forderungen aus. Es wurde die sofortige „Einstellung der Bauarbeiten und keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf sowie die Zurückstellung der Baupläne für das AKW St. Pantaleon und aller weiteren geplanten Atomkraftwerke in Österreich“ (Pressemitteilung der IÖAG vom 17.05.1976 zit. n. Fehlinger 1979: Anhang S. 18) gefordert. Später wurden die Punkte erweitert und die Arbeit der IÖAG stützte sich auf vier zentrale Forderungen (Manzano 1977: 4, 30):

1. Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. Kein Nulllast-, Teillast-, Probe- oder Vollbetrieb!
2. Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!
3. Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen, wie z.B. in Rüthi (Schweiz) oder Jaslovske Bohunice (CSSR)!
4. Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Die IÖAG verzichtete bewusst auf „Kapitel über Energiesparen und Alternativenergien“ (Brandstätter et al. 1984: 163), damit auch Personen die in diesen Belangen andere Ansichten vertraten, nicht abgeschreckt wurden. Auch Natter (1987: 156) konstatiert: „Mit der Beschränkung auf diese Hauptforderungen gelang es, die politisch sehr heterogenen Gruppierungen auf eine abgesprochene einheitliche Zielrichtung hin zu orientieren.“ Außerdem einigten sich die AktivistInnen darauf, die hervorgebrachte Resolution von je einem/einer Anti-AKW-KämpferIn pro Bundesland zu unterschreiben. So wick man

vorprogrammierten Konflikten zwischen den ideologisch kontrovers gesinnten AKW-GegnerInnen-Gruppen aus (Fehlinger 1979: 97).

Für Brandstätter et al. (1984: 163) waren folgende Faktoren maßgeblich für den Erfolg der IÖAG:

- der äußere Druck durch die bevorstehende Aufklärungskampagne;
- die Breite der Bewegung in Oberösterreich und Vorarlberg;
- das Selbstverständnis der Anti-AKW-Bewegung als „Einpunkt-Bewegung“ auf Basis einer Minimalplattform unbeschadet sonstiger politischer Differenzen;
- die gegenseitige Kontaktaufnahme der studentischen Gruppen in Wien, Linz und Salzburg (größtenteils auf Initiative der maoistischen Studenten);
- die positiven Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von „Rechts“ und „Links“ in Wien.

In der IÖAG konnte jederR mitarbeiten, der/die die vier Grundansichten teilte (Fehlinger 1979: 99f), dies führte auch dazu, dass sich die IÖAG ständig vergrößerte und sich das Zusammenarbeiten schwierig gestaltete. Daher entschieden sich die Mitglieder im April 1977 zu einer festen und verbindlichen „Struktur mit einer Delegiertenkonferenz und einem gewählten ‚Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuss‘ (GÖK)“ (Manzano 2008: 205). Fehlinger bescheinigt der IÖAG eine wichtige Rolle, denn sie trug entscheidend dazu bei, „aus der potentiell vorhandenen AKW-Gegnerschaft in Österreich eine wirkliche Massenbewegung zu machen“ (Fehlinger 1979: 98).

5.1.3. Informationsveranstaltungen werden zu Protestkundgebungen

Die AKW-GegnerInnen funktionierten fast alle Diskussionsveranstaltungen der Regierung zu Kundgebungen in eigener Sache um. So rückte das vorgesehene Thema meist in den Hintergrund und die Frage „Wie können wir Zwentendorf verhindern?“ drängte sich auf (Manzano 1981: 32). Die von der Regierung angestrebte Aufklärung in Sachen Kernenergie führte in die Gegenrichtung. Immer mehr Menschen waren verunsichert und Meinungen von ExpertInnen wurden misstrauisch hinterfragt. Die Anti-AKW-Bewegung konnte einen deutlichen Wachstumsschub verzeichnen (ebd.).

AKW-GegnerInnen aus acht Bundesländern legten den Tag der letzten Regierungsveranstaltung als „gesamtösterreichischen Aktionstag“ fest und riefen zu

österreichweiten Protestmärschen auf (Fehlinger 1979: 103). In ganz Österreich demonstrierten viertausendfünfhundert Menschen gegen das AKW Zwentendorf. Allein in Wien waren es dreitausend DemonstrantInnen. Die letzte Veranstaltung der Regierungskampagne am 24. März 1977 in der Wiener Stadthalle wurde daraufhin kurzfristig abgesagt, man hatte Angst vor möglichen Zusammenstößen mit AKW-GegnerInnen (Friesenbichler 2008: 165, Manzano 1981: 32).

5.2. Atommülllagerung

Als Maschinen anrückten, um Bohrtürme aufzustellen, und Probebohrungen im Raum Allentsteig durchzuführen, wurden die AnrainerInnen hellhörig. Niemand hatte die WaldviertlerInnen über die Pläne für ein Atommülllager im Waldviertel informiert (Tollmann 1983: 69). Mit der Absicht ihre MitbürgerInnen vor den Gefahren eines Atommüllagerplatzes zu warnen, gründeten Bauern/Bäuerinnen aus allen vier Waldviertler Bezirken im Frühjahr 1977 den „Arbeitskreis Atommüll Waldviertel“. Unterstützt wurden sie von Freda Meissner-Blau und Peter Weish. Mit einem Diavortrag im Gepäck tingelten die AktivistInnen durchs Land, verwandelten alte Leintücher in Transparente und schmiedeten Reime (Wobisch 2008: 147f). Um ihrem Missfallen Nachdruck zu verleihen, kündigten die WaldviertlerInnen eine Traktoren-Demonstration für den 25. Juni 1977 in Allentsteig an (Tollmann 1983: 69). Die Demonstration wurde zum vollen Erfolg. Statt der erhofften fünfzig Traktoren und tausend DemonstrantInnen kamen weit über zweihundert Traktoren und es wurden dreitausend Demonstranten gezählt (Wobisch 2008: 148f).

Im Sommer 1977 trat Prof. Dr. Peter Weinzierl, Professor am „Institut für Experimentalphysik“ an der Universität Wien, besorgt an den Geologen Alexander Tollmann heran, um geologischen Rat bezüglich der geplanten Atommüll-Endlagerungsstätte im Waldviertel einzuholen. Einen Monat später meldete sich ein Redakteur der Niederösterreichischen Nachrichten bei Tollmann. Dieser wurde gebeten über seine „bruchtektonischen Ergebnisse vom Waldviertel im Hinblick auf das dort geplante Atommüllendlager“ (Tollmann 1983: 7) zu berichten. Das ersuchte Gutachten „stand demnach diametral dem offiziellen, so günstig gehaltenen Bericht entgegen“ (Tollmann 1983: 10). Eine kräftige Reaktion der Öffentlichkeit auf den erschienenen Zeitungsberichten blieb allerdings aus. Lediglich die Waldviertler BürgerInnen sahen sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Endlagerung in ihrer Nähe aufgrund „der Nichteignung des Waldviertels für Endlagerung bei Berücksichtigung der international anerkannten Grundsätze über bruchtektonische Zerlegung“ bestätigt.

5.3. Verlagerung des Protests von der Straße vors Parlament

Die IÖAG beschloss „in die Offensive zu gehen und für den 12. Juni 1977 zu einer gesamtösterreichischen Sternfahrt nach Zwentendorf aufzurufen“ (Fehlinger 1979: 104). Für Kitzmüller (1981: 241) bewirkte das offenkundige Missachten aller „Bedenken durch die Betreiber und ihre politischen Komplizen [...] einen Wandel der Einstellung“ bei den KraftwerksgegnerInnen. Da die Kritik an den AKW-Plänen allein nicht mehr ausreichte, legten die AKW-GegnerInnen nun mehr „Entschlossenheit zum Widerstand“ (ebd.) an den Tag. Laut Brandstätter et al. war die mit siebentausend TeilnehmerInnen starke Demonstration der „Höhepunkt der Bewegung“ (Brandstätter et al. 1984: 164). Der nächste Höhepunkt folgte am Nationalfeiertag 1977. Sechstausend Menschen demonstrierten vor dem Bundeskanzleramt. Erstmals stand die Forderung nach einer Volksabstimmung im Raum. Unmut erregte vor allem das Verhalten des Bundeskanzlers selbst, er versteckte sich „hinter fest bewachten Türen“ (Fehlinger 1979: 107) und bezeichnete die versammelte Menge als „Lausbuben und Extremisten“ (ebd.).

5.4. Die Volksabstimmung wird beschlossen

Die Regierung war unfähig eine Entscheidung in der Atomfrage zu treffen, wohl auch auf Grund des immer grösser werdenden Drucks der AKW-GegnerInnen. Die Parlamentsparteien versuchten sich gegenseitig den Spielball zuzuwerfen. Während die SPÖ auf einen Regierungsbeschluss hinarbeitete, der sie von der alleinigen Verantwortung entbinden sollte, versuchte die ÖVP als Gegenpartei zu glänzen, und die alleinige Verantwortung der Regierungspartei zuzuschieben (Natter 1987: 155). Die Anti-AKW-Bewegung profierte vom taktischen Geplänkel der Parteien und wuchs weiter an (Brandstätter et al. 1984: 176). Aber auch unter den AKW-GegnerInnen war man sich nicht einig, wie der Kampf gegen das AKW Zwentendorf weitergehen sollte. Der Beschluss eine Volksabstimmung zu fordern wurde zur Zerreißprobe der Bewegung (Fehlinger 1979: 108f). Ende Juni 1978 kündigte die Regierung die Volksabstimmung an, eine Woche später wurde der Termin auf den 5. November 1978 fixiert (Brandstätter et al. 1984: 176).

5.5. Ideologische Brüche

Zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager kam es vermehrt zu ideologischen Streitereien. Während die vorhandenen Differenzen bis zu einem gewissen Zeitpunkt immer aufgelöst wurden, gelangte man im Sommer 1978 an die Grenzen. „Der Teil der Anti-AKW-Gegner, der die bürgerliche Wählerschaft für sich reklamierte, sah sich durch die Forderungen der extremen Linken herausgefordert, die eine Konfrontation mit dem ‚Staat‘

geradezu herbeisehnten“ (Svoboda 1998: 152). Karl Manzano, Mitbegründer des AKAE Wien und Mitglied des GÖK, beschrieb „seine Position in der Bewegung als nicht ganz einfach“ (Manzano 2008: 205). Das gemeinsame Ziel war zwar klar, aber die Gruppen selbst, bestanden aus Menschen mit höchst unterschiedlichen sozialen und politischem Hintergrund. Als gewählter Sprecher des Koordinierungsausschusses war Manzano „der Gesamtheit der Bewegung und den Aktivisten verpflichtet und wusste recht gut, was die Bewegung vertrug und was nicht“ (ebd.). Auf der anderen Seite war er „als Mitglied der MLS an die interne Fraktionsdisziplin gebunden“ (ebd.), dennoch war es ihm ein Anliegen, die Bewegung als Ganzes zu vertreten und im Sinne aller AKW-GegnerInnen zu handeln (ebd.). Brandstätter et al. (1984: 165) ziehen den Schluss, dass die Einpunkt-Bewegung „subjektiv an ihre Grenzen gestoßen“ war. Erich Kitzmüller (2008: 170) resümiert über seine aktive Zeit als Mitglied der steirischen Pressegruppe, die sich meist einmal wöchentlich in Graz traf:

„Die Mitglieder dieser kleinen Koordinationsgruppe behandeln sich wechselseitig als Idioten oder Unaufgeklärte. Man braucht die anderen zwecks erwünschter Bündelung der Kräfte, weiß aber schon, dass ihre ideologische Ausrichtung abwegig und dumm ist. Das gilt wechselseitig, Kommunisten gegen Christen, konservative Lebensschützer gegen jede Art von ‚Linken‘, eigentlich jeder gegen jeden.“

Auch der Waldviertler Bauer Eberhard Wobisch (2008:148) berichtet: „Als wir jedoch auf den roten Fahnen der radikalen Marxisten auch noch Hammer und Sichel sahen, war uns das doch zuviel“. Erst als die Linken die Fahnen umgestalteten und Hammer und Sichel entfernten, reihten sich die WaldviertlerInnen wieder in die Demonstration ein (ebd.).

Im Sommer 1978, nur wenige Monate vor der Volksabstimmung, spaltete sich schließlich ein Teil der AKW-KämpferInnen von der IÖAG ab. Es bildete sich eine zweite wichtige Gruppe unter den AKW-GegnerInnen heraus: Die „Arbeitsgemeinschaft NEIN zu Zwentendorf“ (ARGE). Während linke AktivistInnen und regionale Initiativen in der IÖAG verblieben, fanden sich neben einigen angesehenen WissenschaftlerInnen auch ein Teil der Initiative Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke (IGgA) in der ARGE wieder. Kitzmüller (1981: 245) konstatiert: „Mit dieser Arbeitsgemeinschaft arbeiteten vor allem solche Gruppen zusammen, die mit der Koordinierung in der IÖAG unzufrieden waren.“ Laut Tollmann konnte man die zahlenmäßig unterlegenen Linksradiكالen nicht davon überzeugen die politischen Ansichten außen vor zu lassen. Zum einen bestand die Angst, dass dies der Bewegung schaden konnte, zum anderen wollte man sich den Willen der Linksradiكالen nicht aufzwingen lassen (Tollmann 1983: 128).

Die ARGE Nein wurde formal Ende August 1978 als „überpolitischer Interessensverband und Dachorganisation einer Vielzahl von Einzelgruppen von Atomkämpfern“ (Tollmann 1983:

128) gegründet. Die Gründungsmitglieder wollten eine selbstständige und neutrale Kampforganisation, die nicht durch parteipolitische Parolen belastet wurde. Tollmanns Ansicht nach schoben sich in der IÖAG stark linksorientierte Personen und Grüppchen zu sehr in den Vordergrund. Tollmann hatte Angst, dass das Ansehen der AtomgegnerInnen durch die Art und Weise, wie die linken Gruppen den anderen die Meinung aufzuzwängen versuchten, in der Öffentlichkeit geschmälert werden könnte. Dies wurde bei der Demonstration am Ballhausplatz 1977 allzu deutlich, „wo diese zahlenmäßig sehr geringe Gruppe der äußersten Linken gegen den Wunsch der übrigen Teilnehmer einfach mit Hilfe des von ihnen beherrschten Lautsprecherwagens sich akustisch die Vormacht verschafft und versucht hatte, den anderen ihren Willen aufzudrängen“ (Tollmann 1983: 128).

Als Vorsitzender der ARGE Nein wurde Alexander Tollmann gewählt, weitere Personen des Vorstands waren: Freda Meißner-Blau, Rosa Müller, Peter Weish, Dr. Katzenberger, Stefan Micko, Walter Mayer, Franz Schallmeiner und Alois Engländer. Letzterer schaffte es, eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten als Ehrenpräsidenten zu gewinnen, dies waren unter anderem: Konrad Lorenz, Richard Eybner, Robert Jungk, Georg Danzer, Maximilian Schell und viele andere mehr (Tollmann 1983: 131, 136). Als eine seiner Hauptaufgaben betrachtete Tollmann die Vermittlung zwischen der „so heterogenen Gemeinschaft, die der Prototypus für eine Ansammlung von Individualisten war“ (ebd.: 137).

5.6. Sozialisten gegen Atomenergie

Das Aktionskomitee „Sozialisten gegen Atomenergie“ wurde gleichzeitig in Wien und Graz bei Pressekonferenzen am 14. September 1978 vorgestellt. „Das Ziel dieser Initiative war, die Pro-Zwentendorf-Parteilinie der SPÖ zu revidieren und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf zu verhindern“ (Papousek 2008: 183). Mitglieder des Aktionskomitees waren ua.: Paul Blau, Josef Cap, Fritz Edlinger, Manfred Heindler, Erich Kitzmüller, Peter Koller, Peter Kreisky, Walter Papousek, Peter Pelinka und Ortwin Weiss. Die AktivistInnen wollten klarstellen, dass die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie keine Frage der Parteizugehörigkeit sei, sondern eine Frage, die jedeR nach seinem Gewissen zu beantworten hatte (ebd.: 183f).

5.7. Mittel des Protests

„Trotz kapitalintensiver Werbung der Energieindustrie sagten schließlich – zur Verblüffung sämtlicher Parteien – 50,4% der Österreicher Nein und machten Österreich von der letzten atomkraftfreien Industrienation zur ersten atomkraftfreien Industrienation“ (Unger 2008: 262). Dies ist sicherlich auch den ungewöhnlichen Mitteln des Widerstands geschuldet, mit denen

die AktivistInnen die Bevölkerung überzeugten. Ab Mitte der 1970er entstanden unzählige, teilweise kleinere Anti-AKW-Initiativen in ganz Österreich. Ob PhysikerInnen, Hausfrauen, ÄrztInnen, JuristInnen, KünstlerInnen, StudentInnen, FörsterInnen oder Bauern und Bäurinnen, es „hatte sich ein großartiges Netzwerk gebildet“ (Meissner-Blau 2008a: 128). Jede dieser Gruppen hatten ihre eigene Wege und Mittel, um auf das AKW-Problem aufmerksam zu machen. Für den Grazer Aktivist Erich Kitzmüller war klar, der Protest hatte friedlich zu erfolgen. Man musste mittels direktem Kontakt zur Bevölkerung auf die „Gefahren und Betrügereien“ der AKW-BefürworterInnen (Kitzmüller 2008: 168) aufmerksam machen. Die Agitation erfolgte also indem man Flugblätter verteilte, spontane Veranstaltungen in Stadt und Land abhielt oder direkt in Schulen, Pfarren und Vereinen vorstellig wurde (ebd.). In Innsbruck hatten AktivistInnen eine ganz besondere Idee, man bediente sich eine Woche vor der Volksabstimmung „einer alten Tradition: dem Bergfeuer“ (Fessler 2008: 257). Mit Fackeln wurde auf der Nordkette ein riesiges „Nein“ ausgesteckt. Das Nein erstreckte sich über einige hundert Meter und wurde bei Dunkelheit entzündet (ebd.). Die Vorarlbergerin Traudy Rinderer schrieb dem Bundeskanzler jeden Tag von 26. Jänner bis 4. April 1978 einen „gepfefferten“ Brief, mit der Aufforderung von den Atomkraftwerksplänen Abstand zu nehmen. Die Durschläge wurden gesammelt und noch 1978 in Buchform² herausgebracht. Konrad Lorenz, Richard Eybner und Paul Blau schrieben Vorworte dazu, Freda Meissner-Blau engagierte einen Karikaturisten, der das Umschlagbild gestaltete (Rinderer 2008: 244-246). Auch andere Vorarlberger Mütter griffen zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Um von Kreisky eine verpflichtende Erklärung, dass der Probetrieb in Zwentendorf nicht vor der Nationalratsdebatte erfolgen darf, zu erhalten, zog es neun Frauen im Alter zwischen 18 Jahre und 68 Jahre nach Wien. Das Ziel war der Ballhausplatz. Mittels eines Hungerstreiks versuchten sie den Bundeskanzler in seine Pflicht zu nehmen. Das Ereignis erregte wiederum das Interesse bei JournalistInnen und der Bevölkerung. Am vierten Tag konnte der Hungerstreik abgebrochen werden (Summer 2008: 164). Zahlreiche MusikerInnen und Bands komponierten Anti-AKW-Lieder und traten bei Demonstrationen auf (Winterstein 138ff; Kreditsch 174ff). Zudem organisierte die IÖAG die Veranstaltung „Künstler gegen Zwentendorf“. Am 24. Oktober 1978 traten im Wiener Konzerthaus namhafte KünstlerInnen, SchauspielerInnen, KabaretistInnen und MusikerInnen auf, um offen gegen Zwentendorf zu demonstrieren (Tollmann 1983: 161-164).

² *Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! In Sachen Zwentendorf. Senses Verlag: Wien.*

6. Schlussfolgerungen

In diesem letzten Kapitel soll betrachtet werden, warum die Anti-AKW-Bewegung Ende der 1970er Jahre so erfolgreich sein konnte und die Inbetriebnahme eines sieben Milliarden Schilling teuren fertiggestellten Atomkraftwerks verhindern konnte.

6.1. Erfolg der Anti-AKW-Bewegung

Friedrich Fehlinger weist darauf hin, dass 1969/70, als der Bau des AKW Zwentendorf beschlossen wurde, die Zeit für den Widerstand gegen Atomkraftwerke sozusagen noch nicht reif genug war. Freilich gab es einzelne WarnerInnen und GegnerInnen, die Stimmen wurden bzw. wollten aber nicht gehört werden. Die Regierung und viele andere EntscheidungsträgerInnen waren zu voreingenommen von der fortschrittlich und vor allem billig erscheinenden Energiegewinnung. Erst „die weiteren Auswirkungen der Rezession von 1966/67 und die politischen Ereignisse des Jahres 1968“ (Fehlinger 1979: 45) trugen zum Bruch des ungeheuren Fortschrittsglaubens bei. Zudem musste sich das Umweltbewusstsein der Menschen erst bilden (ebd.: 44f). Brüggemeier und Engels (2005: 13) kommen zum Schluss, dass die Ökologiebewegung erst durch die veränderte Problemwahrnehmung und durch die veränderte Wirklichkeitsdeutung und nicht durch neue Formen des Umweltschutzes bzw. des -managements zustande gekommen ist. Durch die Politisierung des Umweltthemas konnte ein neuer Raum für „politischen Unmut, kritische Gesellschaftsdiagnosen und institutionelle Begehrlichkeiten“ (ebd.) eröffnet werden.

Ein weiteres Dilemma, warum so manche Umweltschutz-Organisationen jahrelang keine Chance auf die Durchsetzung ihrer Anliegen hatten, war den PolitikerInnen geschuldet. Die PolitikerInnen gängelten und täuschten die NaturschützerInnen. Ein Beispiel dazu: Der oberösterreichische Landeshauptmann Wenzl spricht bei der Generalversammlung des WSL 1973 darüber, wie er dafür eintritt, den Wohlstand der Bevölkerung zu heben und dabei gleichzeitig die Natur zu schützen. Eigentlich hätte es der WSL Oberösterreich besser wissen müssen. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Oberösterreichischen Kraftwerke AG, hatte Wenzl sowohl St. Pantaleon als auch Zwentendorf mit beschlossen (Fehlinger 1979: 53f).

Laut Erich Kitzmüller (1981: 237f) waren vier Faktoren entscheidend, dass sich die österreichische Anti-AKW-Bewegung als erfolgreiche Widerstandsbewegung ab Frühjahr 1976 etablieren konnte.

- (1) Als ersten Grund führt Kitzmüller die „Widerstandsbewegung im westlichen Ausland“ (ebd.: 237) an. Sie gilt als Vorbild für die österreichischen AktivistInnen, durch diese

sahen die ÖsterreicherInnen wie „die Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit“ (ebd.) funktionieren kann.

- (2) Als zweiten Faktor gibt er den Protest gegen das grenznahe AKW Rütli an. Kitzmüller (ebd.) meint dazu: „Der Kampf gegen eine Gefahr jenseits der Staatsgrenze machte es leichter – zumindest für zehntausende Menschen im Grenzland Vorarlberg – auch die Gefährdung durch einheimische Kernspaltungsindustrie wahrzunehmen“.
- (3) Als dritten Punkt führt der Sozialwissenschaftler den „emotionalen Nährboden“ der Bewegung an. Als emotionalen Nährboden beschreibt Kitzmüller (1981: 237) eine angstgeladene, „irrationale“ Ablehnung, die aus der lang aufgestauten, ohnmächtigen „Ablehnung einer zunehmend zerstörerischen, vergiftenden Produktion, einer immer weniger zu beeinflussenden Großtechnologie“ (ebd.) entstanden war.
- (4) Als letzten Grund gibt Kitzmüller die bis dato noch nie dagewesene „Zusammenarbeit zwischen Natur- und Lebensschützern, engagierten Christen und (marxistischen oder nach-marxistischen) Linken“ (ebd.: 238) an. Durch die Zusammenarbeit der größtenteils ideologisch kontrovers eingestellten BürgerInnen gingen lokale Initiativen hervor, die in der Folge zu einer Bewegung anwuchsen. Die daraus neu entstandene Umweltbewegung hat schlussendlich den Betrieb des AKW Zwentendorf verhindert (ebd.).

Weingart (1995: 198) stellt fest, dass die Volksabstimmung vom 5. November 1978 „der Höhepunkt einer Auseinandersetzung hauptsächlich kleiner Gruppen gegen Regierung und Sozialpartner“ war. Jedoch meint er, dass das „Nein“ der Bevölkerung „letztlich auf Einflüsse zurückzuführen [ist], die außerhalb dieser Sachfrage lagen. Kurz nach der Abstimmung erklärten nur 39 Prozent, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein“ (Weingart 1995: 198).

6.2. Die Rolle Bruno Kreiskys

Bruno Kreisky und seine SPÖ übernahmen 1970 das Erbe der ÖVP-Alleiregierung. Es galt, „die Idee zu verwirklichen und das Kraftwerk zu bauen“ (Kreisky 2000: 152). Bereits damals gab es entgegengesetzte Meinungen. So stand „die Jugend der Sozialistischen Partei“ der Atomenergie stark ablehnend gegenüber (ebd. 152f). Nachdem im Frühsommer 1978 die Volksabstimmung beschlossen wurde, drohte ein interner Parteistreit auszubrechen. Um die Pro-Atom-Linie der SPÖ zu untermauern und Unsicherheiten hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens auszuräumen, versuchte Kreisky die Parteimitglieder zu motivieren, indem er „die Volksabstimmung als Votum über seine Person“ (Brandstätter et. al 1984: 168)

betrachtete. Brandstätter et. al stellen allerdings fest, dass das Ergebnis anders als gewünscht ausfiel: „Während nicht sehr viele SPÖ-Mitglieder durch Kreisky zu einem ‚Ja‘ motiviert worden sein dürften, sahen andere, vor allem ÖVP-Wähler, die Chance, durch ein ‚Nein‘ ein Anti-Kreisky-Votum abzugeben“ (ebd.). Auch Erich Kitzmüller ist überzeugt, dass „vor allem gewerkschaftsabhängige Industriearbeiter und ältere Leute, nur aus Loyalität zur Partei mit ‚ja‘ stimmten“ (Kitzmüller 1981: 246). Viele WählerInnen aus dem bürgerlichen Lager allerdings wollten mit ihrem „Nein“ Kreisky eine Abfuhr erteilen. Kitzmüller schätzt, dass ca. 300.000 SPÖ-WählerInnen gegen die Nutzung der Kernenergie stimmten. Viele WählerInnen dürften aufgrund der parteiinternen Konflikte gleich ganz von einer Teilnahme an der Volksabstimmung abgesehen haben (ebd.: 246f).

Die Volksabstimmung war verloren, noch im Dezember desselben Jahres wurde das Atomsperrgesetz durch den Nationalrat verabschiedet (BGBl 676/1978). Kreiskys Popularität schien jedoch noch gestiegen zu sein. Die im Mai 1979 folgenden Nationalratswahlen brachten der SPÖ einen noch nie dagewesenen Stimmenanteil: 51 Prozent und 95 von 183 Mandaten im Parlament. Die Stärke der sozialdemokratischen Bewegung war laut Kreisky darauf zurückzuführen, „daß sie den Menschen viele Ängste genommen hat“ (Kreisky 2000: 165).

6.3. Eine Grünbewegung entsteht

Die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre hat nicht nur die Inbetriebnahme des einzigen österreichischen Kernkraftwerkes verhindert, sie „war zweifellos Voraussetzung für das Entstehen und den Erfolg der grünen und alternativen Wahlgruppierungen“ (Brandstätter et al. 1984: 171). Vor dem AKW-Kampf war vielen nicht klar, dass eine grüne Bewegung nötig ist bzw. „daß Gruppierungen mit ökologischen Schwerpunkten durchaus erfolgreich politisch agieren können“ (ebd.). Auch Straubinger konstatiert: „Verschiedene grüne und alternative Wählerlisten versuchten im Anschluß an die Volksabstimmung des Jahres 1978 um die Inbetriebnahme Zwentendorfs die positive Stimmung in der Bevölkerung für den Aufbau einer ökologischen Partei zu nützen“ (Straubinger 2009b: 15). Bis zu den Nationalratswahlen 1983 bildeten sich die „Alternative Liste Österreichs“ (ALÖ) und die „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ) heraus. Beide Listen konnten jedoch kein Mandat erringen (VGÖ: 1,93 Prozent, ALÖ 1,36 Prozent) (ebd.: 16-18). Erst 1986 konnte die „Grüne Alternative“ einen österreichweiten Wahlerfolg verbuchen: 4,82 Prozent der Stimmen bedeuteten acht Mandate im Nationalrat (Jordan 2011: o.S.).

7. Literaturliste

Blawat, Katrin (2012): Wie Öko anfang. 50 Jahre stummer Frühling. In: Süddeutsche Zeitung. Online Ausgabe vom 27.09.2012. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/jahre-stummer-fruehling-wie-oeko-anfang-1.1480140> (14.11.2017).

BMWF (1976): Kernenergie in Österreich: pro und contra. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.). Springer-Verlag: Wien, New York.

Brandstätter, Lidia / Grosser, Michael / Werthner, Hannes (1984): Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich. In: *Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich*. Junius: Wien. S. 155-177.

Bruckmüller, Ernst (Hrsg.) (2004): Österreich-Lexikon. Band 3. R-Z. Verlags-Gemeinschaft Österreich Lexikon: Wien.

Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (2005): Den Kinderschuhen entwachsen: Einleitende Worte zur Umweltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Brüggemeier, Franz-Josef / Engels, Jens Ivo (Hrsg.): *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*. Campus Verlag: Frankfurt/New York. S. 10-19.

Burger, Martin (2004): Als der Nationalpark noch Vision war und eine Seebrücke sehr real. In: Kurier vom 14.09.2004. S 11.

derStandard (2007): Vor 30 Jahren: Das „Nein“ zu Zwentendorf. In: derStandard.at. Online Ausgabe vom 05.11.2008. <http://derstandard.at/1225359097446/Vor-30-Jahren-Das-Nein-zu-Zwentendorf> (15.12.2017).

Fehlinger, Friedrich (1979): Beiträge zur Geschichte der österreichischen Anti-Atomkraftwerksbewegung. Diplomarbeit. Johannes Kepler Universität: Linz.

Fessler, Friedl (2008): Das leuchtende „Nein“ über Innsbruck. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 255-257.

Firnberg, Hertha (1976): Vorwort. In: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.). Kernenergie in Österreich: pro und contra. Springer-Verlag: Wien, New York. S. 5-6.

Föger, Benedikt / Taschwer, Klaus (2001): Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus. Czernin Verlag: Wien.

Friesenbichler, Georg (2008): *Unsere wilden Jahre: die Siebziger in Österreich*. Böhlau: Wien.

Gottweis, Herbert (1997): *Neue soziale Bewegungen in Österreich*. In: Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. 3. völlig neubearbeitete Auflage. Manz: Wien. S. 342-358.

Graupe, Friedrich (2008): *Zwentendorf: 56 Prozent „Ja“, 28 „Nein“*. In: *Neue Kronen Zeitung* vom 17.09.1978. S. 2-3.

Guggenberger, Bernd (1980): *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei*. Kohlhammer: Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Halbrainer, Heimo / Murlasits, Elke / Schönfelder, Sigrid (Hrsg.) (2008): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Bibliothek der Provinz: Weitra.

Hünemörder, Kai F. (2004): *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)*. Zugl. Diss. Franz Steiner Verlag: Stuttgart.

Jordan, Gerhard (2011): *Die Grüne Alternative: Woher sie kommt*. Kurzer Abriss über die Vorgeschichte bis zum Einzug der Grünen in den österreichischen Nationalrat 1986. <https://www.gbw.at/oesterreich/artikelansicht/beitrag/die-gruene-alternative-woher-sie-kommt/> (19.02.2018).

Jungk, Robert (1979): *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*. Rowohlt: Reinbek bei Hamburg.

Jungk, Robert (1993): *Trotzdem: mein Leben für die Zukunft*. Hanser: München, Wien.

Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Kitzmüller, Erich (1981): *Österreich – Verspäteter Atomzweig oder nichtatomarer Anfänger*. In: Mez, Lutz (Hrsg.): *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. Rowohlt: Reinbek bei Hamburg. S. 226-248.

Kitzmüller, Erich (2008): *Lehrzeiten (Über das steirische Kleeblatt)*. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 165-173.

Koch, Egmont R. / Vahrenholt, Fritz (1978): Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie. Kiepenheuer & Witsch: Köln.

Kohler, Fritz (1976): Die Grenzen der Umweltbelastung. In: Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler (Hrsg.). *Weltprobleme und Wissenschaft. Die Pugwash-Bewegung. Wissenschaftler für den Frieden*. Senses-Verlag: Wien. S. 41-54.

Köttner-Benigni, Klara (2007): Das Projekt einer Brücke über den Neusiedler See. *Bürgendländische Heimatblätter*. 69., Heft 4, S. 214-231.

Kreisky, Bruno (2000): Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. In: Rathkolb, Oliver / Kunz, Johannes / Schmidt, Margit (Hrsg.). Verlag Kremayr & Scheriau: Wien, München.

Kribernegg, David (2014): Braune Flecken der Grünen Bewegung. Eine Untersuchung zu den völkisch-antimodernistischen Traditionslinien der Ökologiebewegung und zum Einfluss der extremen Rechten auf die Herausbildung grüner Parteien in Österreich und in der BRD. Diplomarbeit. Karl-Franzens-Universität: Graz.

Krutzler, David (2013): Wiener Sternwartepark: Ein Naturdenkmal das zum Park wird. In: *derStandard.at*. Online Ausgabe vom 25.04.2013. <http://derstandard.at/1363709084126/Ein-Naturdenkmal-das-zum-Park-wird> (15.11.2017).

Lauber, Volkmar / Pesendorfer, Dieter (2006): Umweltpolitik. In: Dachs et al. (Hrsg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Manz: Wien. S. 663-674.

Lötsch, Bernd (1976): Kernenergie für Österreich. In: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.). *Kernenergie in Österreich: pro und contra*. Springer-Verlag: Wien, New York. S. 38-65.

Lötsch, Bernd (2008): 30 Jahre danach – Wenn Zwentendorf heute in Betrieb wäre. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 12-16.

Manzano, Karl (1977): Atomkraftwerke nein - kein Parlamentsentscheid darf anders sein! Eine Dokumentation. Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (Hrsg.). Wien.

Manzano, Karl (1981): Der Wandel der Bürgerinitiativbewegung im Laufe der 70er-Jahre. Am Beispiel der österreichischen Antiatomkraftwerksbewegung. Aufnahmearbeit für das Institut für Höhere Studien, Abteilung Politologie. Wien.

Manzano, Karl (2008): Demonstration in Wien am 26.10.1977. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 205-208.

Meissner-Blau, Freda (2008a): Zwentendorf nur ein Etappensieg? In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 124-130.

Meissner-Blau, Freda (2008b): Zwentendorf, Hainburg und die Zukunft der Energiepolitik: Warum wir eine lebhaftere Zivilgesellschaft brauchen. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): *Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses*. Lit: Wien, Berlin, Münster. S. 294-300.

Meissner-Blau, Freda (2014): Die Frage bleibt. 88 Lehr- und Wanderjahre. Im Gespräch mit Gert Dressel. Amalthea Signum Verlag: Wien.

MZFG (o.d.): Mitreden. Mitbestimmen. Mitgestalten. Folder des Grazer Beirates für BürgerInnen-Beteiligung. Mehr Zeit für Graz. Online abrufbar: www.mehrzeitfuergraz.at/images/Berichte/Sonstige/mzfg-folder_2014.pdf (27.11.2017).

Natter, Bernhard (1987): Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“. Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg. In: Pelinka, Anton (Hrsg.): *Populismus in Österreich*. Junius: Wien. S. 151-170.

Naturschutzbund (2013): Chronik – Der Naturschutzbund im Zeitraffer. In: Natur & Land. Jubiläumsheft 99. 48 JG. Heft 1/2-2013. S. 44-48.

Papousek, Walter (2008): Sozialisten gegen Atomenergie. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 183-188.

Pelinka, Anton (1984): Bürgerinitiativen. In: *Analysen grüner Politik in Österreich*. Junius: Wien. S. 149-155.

Pichler, Beate (2016): Über diese Autobahn stürzte die SPÖ. In: Kleine Zeitung. Online Ausgabe vom 04.11.2016. http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5112917/Graz_Ueber-diese-Autobahn-stuerzte-die-SPOe (15.11.2017).

Pils, Manfred (1994): „Berg frei!“. 100 Jahre Naturfreunde. Verlag für Gesellschaftskritik: Wien.

Radkau, Joachim (2007): Vorwort. In: Rachel Carson (Hrsg.). *Der stumme Frühling*. Beck: München. S. 7-14.

Radkau, Joachim (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. Beck: München.

Rinderer, Traudy (2008): „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler“. Briefe an Bruno Kreisky. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 243-249.

Rucht, Dieter (1994): *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Campus Verlag: Frankfurt, New York.

Schandl, Franz / Schattauer, Gerhard (1996): *Die Grünen in Österreich: Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft*. Promedia: Wien.

Schinnerl, I. (o.d.): Lötsch, Bernd. In: Austria-Forum. https://austria-forum.org/af/Biographien/L%C3%B6tsch%2C_Bernd (18.11.2017).

Springer-Lederer, Helmuth (1976): *Zwanzig Jahre Pugwash*. In: Vereinigung Österreichischer Wissenschaftler (Hrsg.). *Weltprobleme und Wissenschaft. Die Pugwash-Bewegung. Wissenschaftler für den Frieden*. Sensen-Verlag: Wien. S. 95-103.

Straubinger, Johannes (2009a): *Sehnsucht Natur. Band 2. Ökologisierung des Denkens*. Books on Demand: Norderstedt.

Straubinger, Johannes (2009b): *Sehnsucht Natur. Band 3. Naturkatastrophe Mensch – Ende oder Wende*. Books on Demand: Norderstedt.

Summer, Maria (2008): *Hungerstreik der Vorarlberger Mütter gegen AKW*. In: Halbrainer, et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 162-164.

Svoboda, Wilhelm (1998): *Sandkastenspiele: eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren*. Promedia: Wien.

Tollmann, Alexander (1983): *Desaster Zwentendorf*. A. Tollmann: Wien.

Weingart, Hans-Peter (1995): Industriedenkmal Zwentendorf. Zum Wandel vom Technikbewußtsein in Österreich. In: Pitzner, Klaus (Hrsg.). *Technik, Politik, Identität. Funktionalisierung von Technik für die Ausbildung regionaler, sozialer und nationaler Selbstbilder in Österreich*. Verlag für Geschichte der Naturwissenschaft und der Technik: Stuttgart. S. 189-200.

Weish, Peter (2008): Das verlorene Urvertrauen. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 17-51.

Witzany, Friedrich (2008a): Ein Kernkraftwerk für St. Pantaleon? In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 52-61.

Witzany, Friedrich (2008b): Ein Denkmal für Alfred Tisserand. In: Halbrainer et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 62-65.

Wobisch, Eberhard (2008): Waldviertler Widerstand gegen Atommülldeponie. In: Halbrainer, et al. (Hrsg.): *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach*. Verlag der Provinz: Weitra. S. 147-161.